

wird. Sie merken, je mehr sie sich mit dem Zentrum einigen, desto mehr verunzigen sie sich mit ihren eigenen Wählern. Der politische Ertrag der Finanzreform von 1918 wird — wie jener der Reform von 1909 — der Sozialdemokratie zufallen.

Politische Uebersicht.

Das Jahrhundertopfer.

Die zweite Lesung der Deckungsvorlage hat gestern begonnen. Der Reichstag hat die Beratung des Wehrbeitrags in Angeriff genommen, und mit eiliger Hast geführt. In der sechsten Abendstunde erst begann die Diskussion, die dann gegen 8 Uhr verlag wurde.

Die ersten Stunden der Sitzung wurden auf die Erleuchtung einiger Gesetzesvorlagen verwendet. Das Staatsangehörigkeitsgesetz wurde in dritter Lesung verabschiedet, gegen die Stimmen unserer Genossen, der Polen und des dänischen Abgeordneten. Die sozialdemokratische Fraktion kann einem Gesetzeswerk nicht zustimmen, bei dem die bürgerlichen Parteien systematisch auch die notwendigsten Verbesserungsanträge abgelehnt haben. Das zeigte sich auch heute wieder. Die Abänderung, die unsere Genossen Landsberg, Bernstein und Quarc in die Vorlage aufgenommen wissen wollten, und die sie mit ausgezeichneten Argumenten der Theorie und der praktischen Erfahrung begründeten, wurden von dem Staatssekretär Dr. Dehbrück und von einigen Herren aus dem Hause erfolgreich bekämpft.

Das internationale Abkommen zur Vereinfachung des Wechselrechts wurde nach kurzer Diskussion genehmigt. Den Standpunkt unserer Partei vertrat Genosse Landsberg.

In dritter Lesung wurde auch der Gesetzentwurf über die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen angenommen.

Dann begann die zweite Beratung des einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrages, der außerordentlichen Steuer auf Vermögen und Einkommen, die zur Deckung der außerordentlichen Rüstungsausgaben dienen soll. Die Rüstungsfreunde sprachen zwar noch immer vom Jahrhundertopfer, aber von der flammenden Begeisterung, die ursprünglich in allen Reden und Zeitungsartikeln wiederkehrte, war wenig zu spüren. Der Schatzsekretär sprach vielmehr einige wehmütige Worte, und er hielt es sogar für geboten, ängstliche Patrioten zu beruhigen, indem er ausdrücklich versicherte: Eine solche Abgabe dürfe nie wieder erhoben werden!

Genosse Dr. David, der als Erster vor Jahren den Gedanken einer solchen Deckung militärischer Ausgaben angeregt hatte, gab unserer Begeisterung Ausdruck über die Gestalt, die der Entwurf im Laufe der Kommissionsverhandlungen angenommen hat. Er führte den anderen Parteien deutlich vor Augen, wie sehr bei dieser in Deutschland neuartigen Deckungsvorlage die Reichstagswahlen von 1912 mitgewirkt haben, und wie stark selbst die rechtsstehenden Parteien, wenngleich unbewußt, durch die 110 angetrieben worden sind. Unser Redner begrüßte es vor allem, daß durch die Beschlüsse der Kommission der ursprüngliche Entwurf auch auf die Einkommen ausgedehnt worden ist, daß er eine Staffelung erfahren hat, und im ganzen gerechter wirken wird. Ebenso sehr bedauerte er aber, daß in einigen Punkten der Ansturm der Interessenten und das Gerede von Vermögenskonfiskation einen Teil des Hauses eingeschüchert und eine Revision mancher Beschlüsse herbeigeführt hat.

Nachdem Herr Spahn einige trostreiche Worte für den Berichterstatter Graf Westarp gesprochen, und der Schwäger Lambert Salem schon jetzt aufs schärfste gegen die Wiederholung einer solch abenteuerlichen Steuer protestiert hatte, trat das Haus in die Spezialdebatte ein.

Von besonderem Interesse war der Antrag auf Besteuerung der in der Vorlage freigelassenen Kirchen-Vermögen. Diesen Antrag begründete Genosse Wurm unter Hinweis auf die großen Kirchenalter und die enormen Schenkungen. Die Nationalliberalen stimmten unter Führung des Herrn Jund, der einige leicht wiegende Einwände hatte, mit den Schwarz-Blauen gegen den Antrag, der nur eine Minderheit der Sozialdemokraten und der meisten Fortschrittler vereinigte. Auch der Antrag, den Genosse Dr. Südekum begründete, die gleichmäßige Besteuerung der Aktiengesellschaften auf Grundlage des wirklichen Besitzes nach der Regierungsvorlage vorzunehmen, wurde abgelehnt. Ebenso erging es dem vom Genossen Emmel begründeten Antrag, die im § 13 erfolgte Verschlechterung wieder aufzuheben, durch die die kleinen Vermögen schwer belastet worden sind. Hierüber entstand eine längere Debatte, in deren Verlauf die Genossen Wurm und David den Herren von der bürgerlichen Mehrheit und insbesondere dem sich lebhaft wührenden Grafen Westarp gegenüber den Nachweis führten, daß von der ersten bis zur zweiten Lesung in der Kommission die Sätze für die großen Vermögen erheblich herabgesetzt worden sind. — Die Debatte geht morgen weiter. Am Schlusse der Sitzung wurde auf Antrag des Herrn von Baher beschloffen, die zahlreichen Wahlprüfungen, deren Behandlung vorgesehen war, von der Tagesordnung abzusetzen. Herr von Westarp widersprach zwar dem Antrage, aber er blieb mit der Mehrheit und einem Teil des Zentrums in der Minderheit.

Nieder der Generallstreik!

Der Gedanke an einen Wahlrechtsstreik in Preußen erfüllt die herrschenden Klassen mit Furcht und Schrecken. Kein Wunder, daß sie auf Abwehr sinnen. Als ihre wichtigste Waffe erweist sich auch in diesem Falle wieder die Justiz, die denn auch glücklich herausgefunden hat, wie ein Generallstreik unmöglich gemacht werden kann. Zu einem Generallstreik bedarf es nämlich in erster Reihe einer „Aufforderung“. Diese Aufforderung aber ist strafbar und muß deshalb unterbleiben. Also unterbleibt dann auch der Generallstreik selbst. Kann man sich wohl ein einfacheres Mittel denken, das Unheil abzuwehren? In der Praxis wird die Sache wie folgt gehandhabt:

Der Redakteur des sündskallischen Gewerkschaftsblattes „Der Pionier“, Johannes Leskin, wurde am Dienstag von der 4. Strafkammer des Landgerichts I Berlin wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesehe, begangen in einem Artikel, der den Generallstreik empfiehlt, zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate Gefängnis beantragt. — Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Hofmeister bemerkte in der Urteilsbegründung: In der Aufforderung zum Generallstreik sei die Aufforderung enthalten, die Arbeit ohne Kündigung niederzuliegen und Kontraktbrüchig zu werden. Das sei laut Gewerbeordnung und laut Bürgerlichen Gesetzbuch ein Ungehorsam gegen die Gesehe. Bei der Strafzumessung mußten einmal die Vorstrafen, dann aber auch ermogert werden, daß der Angeklagte nicht selbst der Verfasser ist. — Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der Staatsicherheit (!) zum Teil unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Die Gewerbeordnung und das Bürgerliche Gesetzbuch machen also den Generallstreik unmöglich. Wenn sich diese Waffen nur nicht etwa als brüchig erweisen. Denn erstens haben viele Arbeiter keine Kündigung, zweitens können sie rechtseitig kündigen und drittens kann auch ein politischer Generallstreik, wie Belgien zeigt, sogar den Beifall von Unternehmern finden. Die Richter haben sich also gar sehr getrrt, wie sie sich überhaupt irren, wenn sie der Meinung sind, daß sich eine Volksbewegung durch Richtersprüche aufhalten ließe. Daß eine Gerichtsverhandlung über den Generallstreik auch „die Staatsicherheit gefährden“ könnte und deshalb unter teilweisem Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgen muß, beweist nur die Wirksamkeit dieser proletarischen Waffe.

Was Teufel!

Bis zu welchem Grade der Nationalismus die Gemüter verrohren kann, ergibt sich aus den Bemerkungen, mit denen die alldeutsche „Post“ das Unglück begleitet, das sich bei dem Salutschießen für den Präsidenten der französischen Republik im Hafen von Cherbourg zugefallen hat. Hier sind sie:

Morbepatriotismus.

Die Franzosen sind doch merkwürdige Kerls. Mit ihren gewaltigen Rüstungsanstrengungen können sie uns ein Vorbild sein. Jetzt haben sie eine Aeußerung ihrer nationalen Begeisterung gefunden, die wohl noch nicht ihresgleichen hat. Wie sich in Indien beim großen Festzuge — ist's nicht in Benares? — gottgegeisterte Gläubige vor den Wagen ihres Gottes werfen, so haben gestern in Cherbourg die Franzosen ihren großen Präsidenten nicht anders ehren zu können geglaubt, als daß sie ihm beim Salutschießen zu seinen Ehren Menschenleben zum Opfer brachten.

Infolge der solchen Anordnungen eines Offiziers werden solche französische Soldaten schwer verwundet und zwei getötet. Sonst pflegt der Majestät des Todes gegenüber auch infernalischer Haß zu schweigen, aber hier findet sich ein patriotischer Rebell, der an den Opfern seinen erbärmlichen Mitleid hat. Er begeht eine moralische Leichenschändung, die nicht weniger Abscheu erregt, als die physische Rohheit, die sich physisch an Toten vergreift. Man sollte meinen, daß sich die Leser der „Post“ entrüstet von einem Makt abenden müßten, das — wir sagen nicht dem Anstand — sondern allem Menschentum ins Gesicht schlägt. Aber sie werden wohl schweigen und sich mitschuldig machen, da langjährige Erziehung und Gewohnheit bei ihnen das Gefühl für die bodenlose Gemeinheit des von ihrer Zeitung eingenommenen Standpunktes abgestumpft hat. Zum Glück ist ihre Zahl gering, und die Masse des deutschen Volkes wendet sich mit Ekel und Verachtung von dieser Gesellschaft ab, die sich als die Trägerin des deutschen Gedankens aufspielt.

Zu den Wehr- und Deckungsvorlagen.

Die konservative und auch die nationalliberale Fraktion haben im Reichstag den Antrag gestellt, die drei gekürzten Kavallerieregimenter wieder in die Vorlage hineinzubringen. Die sozialkonservative „Post“ bemerkt hierzu: „Da in den letzten Tagen zwischen einigen Fraktionen über diese Frage Besprechungen stattgefunden hatten, die nicht ohne Erfolg verliefen sind, nimmt man an, daß sich für den Antrag eine schwache Mehrheit finden wird. Allerdings hängt die Annahme von der Weisung des Hauses ab.“

An einer anderen Stelle berichtet die „Post“, die Fraktionsvorsitze haben ihre Mitglieder gebeten, während der nächsten Tage, wenn irgend möglich, nicht von Berlin abwesend zu sein, da bei manchen Abstimmungen die Mehrheiten sehr schwanken können.“

Der Bundesrat wird, wie die „Tägl. Rundschau“ erfährt, Donnerstag über die Deckungsvorlagen beraten. Eine erhebliche Mehrheit sei für die Beschlüsse, wie sie im großen und ganzen jetzt vorliegen, vorhanden. Die vor einiger Zeit in Aussicht genommene Besprechung der Finanzminister sei überflüssig geworden. Der Reichskanzler habe sich auf schriftlichem Wege mit den Regierungen der Bundesstaaten unmittelbar in Verbindung gesetzt. Auf diese Weise sei es ihm gelungen, die Zustimmung der süddeutschen Regierungen zu der Vermögenszuwachssteuer zu erhalten. Gegner dieser Steuer seien nur noch Sachsen, die Hansestädte, besonders Hamburg und einige thüringische Staaten. Erhebliche Schwierigkeiten werden aber auch diese Regierungen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht machen.

Der Reichstag will sich bestimmt am 2. Juli vertragen. Bis Sonnabend sollen zunächst alle Deckungsvorlagen verabschiedet sein; in nächster Woche sollen dann neben den dritten Lesungen nur noch einige kleine Vorlagen, Wahlprüfungen und Anfragen erledigt werden. Die Vertagung soll bis 25. November dauern.

Möglichst in Uniform.

Bei der Einweihung des Rathauses in Hannover, die bekanntlich in Anwesenheit Wilhelms II. vor sich ging, hat der hannoversche Magistrat Einladungen, die er in größerem Umfang an die Spitzen der Behörden und der Gesellschaft, daneben auch an Industrielle, Kaufleute, Gewerbetreibende, Männer der Wissenschaft usw. erließ, das ausdrückliche Ersuchen hinzugefügt, möglichst in Uniform zu erscheinen.

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Scheitler.

106; (Nachdruck verboten.)

Als sich nun aber das Gefolge ordnete, kam ein geschlossener Wagen vom Hofe heranz, und in dem Wagen saß Frau Engelbrecht in ihrem schwarzen Sonntagshaar. Sie wollte zusammenhaken, wie sie ihren Mann hinausgeleitet hatte. Sie brauchte nun einmal eine bestimmte Ehrbarkeit, — leben zu können. Sie hatte ja auch nichts anderes.

Der Wagen kam unmittelbar hinter dem Sarge. Dann gingen Sime und der jugendliche Geißliche nebeneinander. Und dann schloffen sich die anderen an.

Es war ein unbloßer Zug erster Geßalten. Als er sich in Bewegung setzte, lag vom Silber her ein elegantes Coupe. Die Hinter der ruffigen Gürtel waren unklar. Der Reiter war in Transilvanien. Im Janem sah Agel in fester, schwarzer Kleidung.

Das Coupe hatte sich in aller Beiseidenheit ganz hinter dem Gefolge angehängt. Es war vorn gar nicht bemerkt worden. Es ging aber von hinten wie ein Raufreier durch die lange Reihe. Agels Wagen war da! Man furbete sich einige Sekunden, man schüttelte leicht den Kopf und wendete sich, wenn es unumgänglich geschehen konnte.

Der Zug ging langsam in die Gasse hinauf. Schleppe Schritte. Schamlose Unterhaltung. Jählerhüte, die einer angedrückten Generation angehörten. Unter den allen Renten waren viele. Die Konzepts Art zu schätzen wußten. In ihren Tagen hatte es mehr von diesen Menschen gegeben. Aber sie hatten sie alle hinweggenommen.

Der alte Witz heulte in die Reihe hinein. Dann schloß die Unterhaltung.

Die Stadt war wie angefroren. Die wenigen Passanten, die ihnen begegneten, sahen dem Reiter eine Welle nach. Es war eine unheimliche Sache, die hier vorüberzog.

Sie lagen in der Gasse ein, die zu dem alten Hof hinüber führte. Man sah viele Häuser ein Familienverhältnis in dem Jahr Vater und Sohn eine Frau lag.

Die letzten lebenden Vertreter der Menschheit brachten. Man sah ihnen nicht, daß sie in Sommer kleideten. Der Reiter trat zu Septimus, der unter dem Zug war. Es war eine unheimliche Sache, die man auch im Jahre...

Älteren Leute bereuten, daß sie mitgegangen waren. Man konnte sich an diesem eifigen Januartage selber den Tod holen. Septimus antwortete nicht. Er dachte an das Coure, das ganz hinten fuhr.

Der Sarg war an dem eisernen Eingangstor zum Friedhof angekommen. Die jungen Leute trugen ihn hinein. Frau Engelbrecht berief den Wagen. Es war eine größere Regsamkeit durch das Gefolge. Sie waren von dem Banne des langweilen Schrittes erlöst. Sie stampften mit den Füßen, sie schlugen die Arme überkreuz. Es war eine kalte Partte.

Dann schlang der Friedhof alle hinein. Das vornehme Coure hielt an. Agel wartete noch eine Weile. Dann ließ er leicht und elastisch heraus, gab dem Reiter einige Weisungen und ging hinein.

Er sah leicht die Strenge des Jählers, als er über den Friedhof ging. Der Wind war fast. Die letzten Bäume boten keinen Schutz.

Sein Gang war energisch und erschrocken. Die Menge trat auseinander, als er am Grabe ankam. Der alte Respekt machte sich geltend. Es blieb ihm nichts übrig, als durch die offene Gasse hindurchzugehen. Er stand unmittelbar am Grabe.

Er sah schüchtern zu Septimus hinüber, der auch hier stand. Frau Engelbrechts schwarze Wohlbeleibtheit füllte ergeben die Hände um ein weißes, frisch gewaschenes Taschentuch. Es war so freudlich, im Mittelpunkt der bürgerlichen Ehrbarkeit zu stehen.

Der Geißliche begann, er stand Agel gerade gegenüber. Er sprach von dem Glauben, den Menschen ursprünglich gegeben habe. Er habe an das Gute geglaubt, aber nicht an das himmlische Gute, sondern an das Gute dieser Welt. Er habe den gefährlichsten aller Glauben gehabt. Der Herr aber sei ihm gnädig gewesen. Er habe ihm die Welt gegeben, er habe ihm die Augen geöffnet, er habe ihn aus den Verkünderungen seiner ständigen Natur herausgenommen. Es sei notwendig gewesen, daß ein Vergernis aufträte.

Er hatte bis jetzt ruhig gesprochen, aber nun kam der Klang der Leidenschaft in seine Augen, der Klang, der seine Verkünder so unbeschädigt machte. Er redete die geliebte Faust zum Himmel empor, er schloß die Worte geradenwegs zu Agel hinüber.

Wohr aber dem Menschen, durch den das Vergernis kommt!

Seine Stimme zitterte, daß sie zu brechen drohte. Es war ihm besser, daß ein Mistvieh an seinen Hals geknüpft würde und er ersaufen würde im Meere, wo es am besten ist!

Es ging ein entsehter Ruch durch die ganze Versammlung. Jeder wußte, wer gemeint war. Jeder sah möglichst unbefangenen vor sich hin, um an der unerhörten Herausforderung keinen Teil zu haben, die dort der Mann im Salar riskierte. Nur Septimus sah mit traurigen Augen zu seinem Freunde hinüber.

Agel stand in korrekter Eleganz aufrecht da. Er maß den Prediger mit kalten, funkelnden Augen. Er bemerkte zum ersten Mal, daß dieser Mann ihn haßte.

Was ihr dem geringsten unter euch getan habt, das habt ihr mir getan, spricht der Herr. Wer auch nur dem Geringsten ins Gesicht geschlagen hat, hat dem Heiland in das Erdbitternisch geschlagen. Wer einen seiner Brüder mißhandelt, hat dem bornegerückten Heiland selber mißhandelt. Er hat sich unter die Fallernechte des Pilatus gestellt, die dem Herrn ins Gesicht spien, um ihrer rohen Luft ein Gemüge zu schaffen.

Das dunkle Gewitter der zornigen Rede ging vorüber. Es war über geduckte Köpfe hinweggegangen. In den Worten zitterte nur ein ferner Groll.

Er dollzog nun die Schlusszeremonie und sprach aus der heißen Innwelt seiner Seele ein Gebet. Die Versammlung atmete auf. Es hatte ein unheimliches Drud auf ihr gelogen.

Agel stand am offenen Wagenschlag. „Hörst Du mit, Septimus?“ „Hern!“ Er war zu bewegt, um mehr sagen zu können. Die Pferde zogen an. Sie sahen schweigend nebeneinander. „Was meinst Du von dem neuen Prediger?“ fragte Septimus vorläufig.

„Er strapaziert das Organ zu sehr.“ Septimus sendete ihm einen schmerzlichen Seitenblick. War das alles?

„Fahren wir erst in die Einsamkeit hinein“, meinte Agel. „Der Reiter hat Weisungen erhalten.“

In Krauerhause sah die Familie in der alten Wohnstube um den festlich gedeckten Tisch. Es gab frisch gebräuten Kaffee und Kuchen. Durch die Wölken, die vom Wind einhergetrieben wurden, hatte sich etwas Nachmittagssonne hindurchgeschoben. Es sah freundlich und anheimelnd aus.

Frau Engelbrecht war eben zurückgekehrt: sie war von den Ereignissen am Grabe noch ganz erregt. Der starke Kaffee ließ den Strom ihrer Rede rauschen.

Die übrigen sahen in starrer Verwunderung da; sie hörten atemlos zu. „Was sagte er im Grunde von Agel?“ fragte Dagmar. „Er hatte sich über ihn geärgert, sagte er. Er wollte ihm einen Wappstein um den Hals hängen und ihn in das Meer hinauswerfen. Er sagte es ihm mitten ins Gesicht.“

(Fortsetzung folgt.)

Das „S. Z.“ erzählt, wie das manchen Leuten, die kein Recht zum Tragen einer Uniform besaßen, unangenehm gewesen sei, wie die Zivilbeamten, die für gewöhnlich ohne das förmliche Staatskleid auskamen, das anzulegen sie berechtigt sind, sich nun in die Uniformen einer Neuausschreibung hätten fügen müssen, und wie die vornehmen Mitglieder des freiwilligen Automobilkorps mit ihrer „Vivree“ für Chauffeurs in Gala gekleidet worden seien.

Das „Mögllichkeit in Uniform“ paßt in unsere Zeit. Der hannoversche Magistrat wollte zeigen, daß er ihr besser gerecht zu werden verstehe als der von Breslau und nicht erst von hoher Stelle darauf aufmerksam gemacht zu werden brauche, daß die Uniform herrscht und das Bürgertum sich vor ihr zu beugen hat.

Die unparteiliche preussische Regierung.

Dafür, daß die preussische Regierung unparteilich ist und wie Sonne in gleicher Weise über Gerechte und Ungerechte, über Konservativen und Liberale scheinen läßt, hat die „Deutsche Tageszeitung“ einen neuen Beweis entdeckt — den Professor v. Schmoller. Obwohl dieser Gelehrte, der in diesen Tagen seinen 75. Geburtstag feierte, von sich gesagt habe, daß er im Grunde immer ein süddeutscher Liberaler — seine Partei überlebe das „flugs in ein ausgesprochenes Liberaler“ — geliebten sei, habe man ihn schon 1844 zum Mitglied des Staatsrats gemacht, ihn später ins preussische Herrenhaus berufen, ihm den Titel eines Wirklichen Geheimen Rats und schließlich den erblichen Adel verliehen.

Daß Du nicht lachst! Schmoller steht an der Spitze derjenigen Professoren, die sich immer als die geistige Leibwache der Hohenzollern gefühlt haben. Er war immer dort, wo die Regierung war, hat die Sozialreform gepredigt als sie oben beliebt war, hat sich für den Schulsozialismus begeistert, wenn ein schulgeldnerischer Wind wehte, kurz und gut, befand sich immer dort, wo die maßgebenden Stellen fanden. Natürlich richtete er sich nicht etwa nach ihnen, sondern sie orientierten sich nach ihm. Außerdem ist Schmoller, dessen Verdienste auf dem Gebiete der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung nicht unterschätzt werden sollen, von jeher ein begeisterter Verehrer des Hohenzollernhauses und ein warmer, von feinerlei Skepsis angekränkelter Lobredner seiner Leistungen für den brandenburgisch-preussischen Staat gewesen. Einem solchen „ausgesprochenen Liberalen“ kann es auch in Preußen nicht fehlen.

Der Reichstagsabgeordnete Graf von Kanitz, Vorgesänger der konservativen Fraktion, ist bedenklich erkrankt und mußte ein Sanatorium aufsuchen. Durch rheumatische Beschwerden ist das Herz in Mitleidenschaft gezogen. Der Graf lebt im 78. Jahre.

Wilhelm II. Forstgärtler ist. Der Kaiser hat jetzt aus dem ihm vorgelegten Stenogramm seiner bestimmten Rede den Passus über den Richter, in dem es hieß, er habe ihn hinausgeschmissen, weil er nichts mehr taugte, eigenhändig herausgestrichen, und der Bericht ist nunmehr ohne diesen Passus zur Veröffentlichung gelangt.

Der Landtag des Fürstentums Lippe hat am 23. und 24. Juni eine kurze Tagung abgehalten, die im wesentlichen der Vorbereitung von größeren Vorlagen diente: Volksschulgesetz, Beamtenbesoldungsordnung und Gemeindefeuergesetz. Diese Gesetzentwürfe sollen erst im Herbst erledigt werden. Für die Verhandlungen mit dem preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten über den Bezug von elektrischem Strom aus dem Kraftwerk der Ederstörpe und für notwendige Feststellungen über Stromverbrauch usw. wurden die erforderlichen Mittel bewilligt. Der preussische Staat kann im Mittelgebiet der Weser zum 14. Millionen Kilowattstunden Strom abgeben und sucht dafür Abnehmer. — Das Landtagsmandat des Reichstagsabgeordneten Dr. Meumann-Ofer, der in der Stichwahl gegen einen sozialdemokratischen Kandidaten mit knapper Mehrheit gewählt worden war, wurde für ungültig erklärt.

Ausland.

Der belgische Militarismus.

Die Rechnung für das neue Militärgesetz ist endlich präsentiert worden. Die Regierung hatte es damit weniger eilig als mit der Abstimmung gehabt. Sie erfolgte in der Kammer, ohne daß die Patrioten wußten, was ihr Patriotismus dem Lande kosten wird. Nachdem Herr v. Broqueville das Wort in der Laibung hatte, geruhte er endlich in der gefährlicheren Atmosphäre des Landes den Mund aufzumachen und sich über den Kostenpunkt zu verbreiten. Man muß sagen, das „Ame Belgien“ macht sich in punkto Militarismus für einen neutralen Staat ist die Rechnung ganz richtig. Sie beträgt nebenbei auch etwas mehr, als der Minister Renkin — vor den Wahlen schätzte, da er die neuen Militärlasten auf 25 Millionen bemessen zu dürfen glaubte. Herr v. Broqueville hat sie im Senat mit 284 Millionen angegeben. Und zwar steht sich der für sich inangurterte belgische Militarismus im einzelnen folgendermaßen an:

Das neue Militärgesetz wird den Belgiern 47 Millionen jährlich kosten — zu den 63 Millionen, die das normale Kriegsbudget verschlingt.

Die neuen Ausgaben zerfallen in zwei Teile. Der eine Teil umfaßt die laufenden jährlichen Ausgaben für die Unterhaltungskosten usw. der neuanschaffenden 18.000 Mann mehr gleich 27 Millionen — so daß das ordentliche Kriegsbudget auf 90 Millionen anschwillt. Der zweite Teil betrifft die „außerordentlichen“ Ausgaben, als da sind: 18½ Millionen zu den Jahren 1895 bewilligt für frühere für die Festung in Antwerpen; 75 Millionen für die Forts, also für Antwerpen allein 95½ Millionen; für Waffen, Ausrüstung, Unterhalt der Pferde 100 Millionen; für Immobilien militärischer Gebäude, Arsenalen usw. 70 Millionen; für Grundstücke zu Stablagern 18 Millionen, macht also alles in allem 284 Millionen.

Nachdem Herr v. Broqueville also im Senat gesprochen, rüde der Finanzminister Devie in der Kammer mit der Steuerrechnung heraus. Sie ist sehr länderlich in 5 Partien geteilt, und beginnt mit einer ausgiebigen Alkoholsteuer, wie der Finanzminister richtig bemerkte, aus purer Freundschaft für die Temperenzbewegung und endet mit Börsensteuern. Was die Alkoholsteuer betrifft, so ist ihre Wirklichkeit, daß Alkoholsteuerungen einen Konsumrückgang bewirken und die Regierung damit auf eine soziale Last läßt, wirklich ein Witz. Denn dieselbe Regierung hat vor einigen Monaten durch die Aufhebung der Abgabe bewirkt, daß sich 107.000 neue Kabarets — Schankhäuser aufstauten.

Das ist aber nur der Anfang, denn es verheißt sich am Ende, daß mit den angeblühenden 40 Millionen neuer Steuern kein Auskommen sein wird, im einmal das große finanzielle Loch zu bedenken, das der Minister der Schatzkammer im Staatsbudget hat, um die neuen Ausgaben für den Militarismus zu decken, um das Defizit des Amortisationsfonds zu decken, und schließlich um ihren Abschreibungen für den Alerns nachzukommen. Und dann schließlich wird der Tag kommen, wo man auch für die sozialen Größtaten der Regierung der jährlichen 100 oder sogar 200-Millionen Defizite — von den Alerns genannt — die Regierung der „nationalen Prosperität“ — die Rechnung vorweisen wird.

Der Witz der ganzen Situation bricht sich aber in diesen zwei Momenten auf, daß es keine militärischen Gegner der Steuerpolitik gegen die belgischen Verhältnisse. Als im Jahre 1893 ein liberales Ministerium mit einer Forderung von 18 Millionen auftrat, daß Herr Devie das Entgegen. Heute geht es um 284 Millionen. Und wofür? Für den Militarismus und das ist der große Witz, den die belgische Regierung sich her zu sein läßt und sich selbst gegenübersetzt. Ihre Minister

haben sich sogar direkt auf ihre antimilitaristischen Bekenntnisse hin wüßten lassen, auf Bekenntnisse, die allerdings im Laufe der Militärdebatte von Herrn v. Broqueville zum Schweigen gebracht wurden, im Namen des Patriotismus, der Landesverteidigung und des Regierungsgebots.

300 Millionen für ein Militärgesetz, das niemanden, am wenigsten die, die es mit der Landesverteidigung ernst meinen, beschwerlich, das Privilegien schafft und aufrecht erhält und die hauptsächlichste demokratische Forderung, die Verkürzung der Dienstzeit, mißachtet; 40 Millionen, vorzüglich für neue Steuern, und zu alledem die Folgen einer Finanzwirtschaft, die das Land immer tiefer ins Elend der Defizite und des kläglichsten Schuldenmachens reißt. Das sind so die Rechnungen, die der Militarismus augenblicklich den Belgiern präsentiert.

Eine Bekanntmachung der serbischen Postverwaltung.

Wie die serbische Postverwaltung bekannt gibt, werden nach Ueslib und den übrigen von den Serben besetzten Gebieten, vorläufig nur gewöhnliche Briefsendungen angenommen und befördert.

Der Tod eines Abgeordneten in der französischen Kammer.

In der Kammer wurde der Deputierte Agnard in dem Augenblick, als er durch die Gänge zur Tribüne schritt, von einem Unwohlsein befallen, sodaß er taumelte. Im letzten Augenblick wurde ihm die erste Hilfe durch Ärzte aus den Deputierten zuteil. Bei vollem Bewußtsein unterhielt er sich mit seinen Kollegen. Er wurde dann von Erbreechen befallen, worauf der Tod eintrat. Unter allgemeiner Teilnahme teilte der Kammerpräsident den Todesfall mit. Ministerpräsident Barthou schloß sich namens der Regierung der Trauer an. Die Sitzung wurde zum Zeichen der Trauer aufgehoben.

Vollstrecktes Urteil.

Was niemand in Konstantinopel für möglich gehalten hatte, ist geteilt geschehen. Der Schwiegersohn des Sultans Salih Damar Pascha hat das Schicksal der übrigen Mörder Mahmud Schefket auf dem Plage Beyazid geteilt. Eine große Menschenmenge hatte sich auf dem Plage versammelt, um die Leiche dieses vornehmen Mörders zu besichtigen. Salih Damar Pascha hatte bis zum letzten Augenblick einen Gnadenakt des Sultans erwartet, als man ihm jedoch die Unterschrift des Sultans zeigte, mit der dieser sein Todesurteil bestätigte, gab er jede Hoffnung auf. Er fandte noch einige Trostworte und ein Schlußwort an seine Gemahlin und trat dann mit großer Kaltblütigkeit den letzten Gang an. Diese Nachricht hat in der ganzen Stadt einen peinlichen Eindruck hervorgerufen, doch wurde die Ruhe in Konstantinopel bisher nicht gestört.

8. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Danzig, 22. Juni.

Die heutige Sitzung beginnt mit der Beratung des Punktes 6 der Tagesordnung:

Besprechung des Verhältnisses zur Generalkommission

und zu den gegenseitigen Verbänden, jedoch ist der größte Teil dieser Materie bereits in der geschlossenen Sitzung verhandelt. Das Verhältnis des Verbandes zum Internationalen Buchdruckersekretariat bezeichnet Döblin im allgemeinen als gut, doch lasse sich nicht leugnen, daß mit Oesterreich und der Schweiz mehrfach Differenzen vorgekommen sind und noch vorkommen über die Behandlung und Handhabung des Arbeitsnachweises, was von Grassmann noch näher geschildert wird.

Reismüller und Dvoraczek-Wien, die beiden österreichischen Delegierten, treten dem entgegen, indem sie die österreichischen Verbandsorganisationen verteidigen und fordern, daß die deutschen Kollegen sich dem unterwerfen. Die Debatte spinnt sich indes noch weiter aus, da nunmehr die Schilderung von Einzelverhältnissen platzt und die deutschen Kollegen ihre Beschwerden aufzählen. Schließlich erklärt Döblin: Wenn der Apparat der gegenseitigen Verständigung ein so schweres sei, dann müßte der Gegenseitigkeitsvertrag überhaupt nicht. Es müsse deshalb versucht werden, einen Weg zu finden, der diese Schwierigkeiten aufhebe. Damit wird dieser Punkt der Tagesordnung verlassen.

Es gelangen nunmehr alle diejenigen Anträge zur Verhandlung, die sich auf das Fachorgan, den

„Korrespondent“.

beziehen. Eine Anzahl Anträge verlangt die obligatorische Einführung des „Korrespondent“. Das Fachorgan wird bei einer Mitgliederzahl von annähernd 70.000 in etwas über 50.000 Exemplaren gelesen. Der Verbandstag lehnt denn auch sämtliche Anträge, die sich auf die obligatorische Einführung des „Korrespondent“ beziehen, ab. Auch ein weiterer Antrag, der eine Frauenbeilage mit literarisch-gewerkschaftlichen Inhalt fordert, wird abgelehnt. Die Redaktion des Fachorgans erfährt eine ziemlich scharfe Bekämpfung durch Steinhardt-Gamsung. Er bemängelt, daß die Schreibweise eine zu langwierige und unklare sei, kritisiert die ausführlichen Berichte über Festlichkeiten und fordert eine Einschränkung der Polemiken gegen die gelb-schwarzen Gutenbergsöhne, denen man viel zu viel Ehre antue, wenn man sie so oft erwähne.

Döblin betont dem gegenüber, daß es unzulässig sei, örtliche Publikationsorgane zu schaffen, die die Verbandspublikationen lediglich das Fachorgan maßgebend sei. Redakteur Krahl betont, daß sich die Redaktion dem Kollegen Steinhardt gegenüber in einer schlimmen Position befindet, da Steinhardt als erklärter Oppositionsmann es nicht fertig bringe, in seinen Berichten objektiv zu bleiben. Redakteur Helmholz polemisiert gegen Steinhardt, in hiesigen Person die Schwierigkeiten zu suchen seien, die die Redaktion mit der Hamburger Mitgliedschaft durchzuführen habe. Von mehreren Delegierten wird sowohl die prinzipielle Haltung des „Korrespondent“ als auch sein tatsächliches Verhalten in schwierigen Situationen rühmend anerkannt. Nach Beendigung der Aussprache werden die drei Redaktionen der „Korrespondent“ mit allen gegen eine Stimme (Steinhardt) wiedergegründet.

Döblin referiert nunmehr über eine Anzahl von Beschwerden, die bei einer bestimmten Anzahl keine Unterstufung gefunden haben. Erwähnenswert ist ein Antrag, der zum Ausbau der „Typographischen Mitteilungen“ für die beiden folgenden Jahre eine Unterabteilung von je 3000 Mark fordert. Der Antrag findet Annahme. Ein Antrag der Diskussionskommission, in Anbetracht der hohen Wohnungs- und Lebensmittelpreise in Danzig an Diktier pro Tag 18 Mark zu gewähren, wurde einstimmig gutgeheißen.

Die Aufnahme eines Nebenkomitees für ein volles Jahr wird beschlossen.

Ein Antrag des Herrn Frankfort a. M., die Schriftleitung der „Korrespondent“-Partei anzunehmen, wird abgelehnt. Auf Antrag Döblins werden die 4 Vorstandsmitglieder der Kommission einstimmig wiedergewählt. Auf Vorschlag Döblins beschließt der Verbandstag, für die Angehörigen des Verbandes durch die Danziger einen den Grundrissen des Vereins Arbeitervereine entsprechenden Vertrag auszuarbeiten zu lassen und ferner, daß dem Verbandesleiter Eißler eine Gehaltszulage zur Seite gestellt werden soll. Die Stellung soll ausserordentlich sein. Die Tagungsart des nächsten Verbandstages wird als Tagesbestimmung.

Danzig, den 22. Juni.

Die Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hat am 22. Juni in Danzig ihren 8. Jahreskongress abgehalten. Die Verhandlungen wurden von 11 Uhr bis 10 Uhr abgehalten.

Berichts der Kommission zur Bearbeitung der Anträge der gesamten Unterstufungsvereine. Die erste Materie, rein persönlicher Natur, nahm die Gesamtheit der Vormittagssitzung in Anspruch, so daß für den wichtigsten Punkt der Tagesordnung, die Erledigung der Anträge zur Unterstufungsvereine, nur noch die Nachmittagsstunde übrig blieb. Der Kommissionsberichterstatter Herr v. Mannheim appellierte gleich bei der Einleitung seines Berichtes dafür, daß der Verbandstag die Vorschläge der Kommission ohne Debatte annehmen möge, da sie auf einem Kommissionsbericht, das nach langen Auseinandersetzungen und nach Prüfung aller in Betracht kommenden Umstände zustande gekommen sei und ein Eintritt in die Beratung von Einzelwünschen unter Umständen den ganzen Aufbau gefährden könnte. Die Kommission habe im Rahmen der bestehenden Beträge eine

Umarbeitung der Unterstufungseinrichtungen

in dem Sinne vorgenommen, daß ein gerechterer Austausch zwischen Leistung und Gegenleistung gegeben sei, wobei man bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei. Die Kommission habe aber auch auf dem prinzipiellen Standpunkt geblieben, daß jede weitere Erhöhung der Unterstufungen ausgeschlossen bleiben und der Ausbau innerhalb der Organisation mehr dem gewerkschaftlichen Charakter Rechnung tragen müsse: „Wir wollen gute Gewerkschaftler und nicht bloße Kassensammlungen sein“, bemerkte der Berichterstatter. Aus diesen Gründen müßten alle Anträge, die eine Erhöhung des Prämiengeldes, der Steuererleichterungen usw. forderten, abgelehnt werden. Der Referent ging dann zur Priorisierung der einzelnen Positionen über, wobei er betonte, daß die Kommission sich von dem Grundsatz habe leiten lassen, daß bezüglich der Kranken- und Reiseunterstützung neben einem gerechteren Ausgleich auch eine größere Einheitlichkeit notwendig sei. Es wird deshalb sowohl für den Bezug des Krankengeldes wie für die Reiseunterstützung eine jehtwöchentliche Betragleistung in Vorschlag gebracht. Bisher bestand für den Bezug der Reiseunterstützung eine jehtwöchentliche Karenzzeit und für den Bezug des Krankengeldes eine solche von 13 Wochen. Die Einheitlichkeit ist hier somit auf der Grundlage erfolgt, daß zugunsten der Erkrankten Abstriche an der Bezugszeit für Reiseunterstützung gemacht sind. Aus denselben Gründen schlägt die Kommission eine 28 wöchentliche Karenzzeit sowohl für die Ausgesteuerten wie für die Wieder-eintretenden und für die wieder arbeitsfähig werdenden Invaliden vor.

Die Wünsche bezüglich der Ortsunterstützung sind sehr vielfältig und gehen außerordentlich weit auseinander. Die Kommission hat sich mit dieser Position den Vorschlägen des Verbandesvorstandes angeschlossen und empfiehlt folgende Sätze:

Bei 75 Beitragsleistungen 1,25 Mk. bis zu 10 Wochen = 70 Tag.			
150	1,75	20	= 140
500	1,75	30	= 210
750	1,75	40	= 280
1000	2,-	40	= 280

Der Gauzuschuß in Höhe von 50 Pfg. täglich bleibt für die Gegenseitigkeit maßgebend. Ortszuschüsse irgend welcher Art bedürfen der Genehmigung des Verbandesvorstandes. Die Reiseunterstützung von 1 Mark pro Tag soll nach mindestens 75 Beitragswochen auf 1,50 Mark erhöht und für 175 Tage gezahlt werden und nach einer Beitragsleistung von 250 Wochen in der alten Höhe von 280 Tagen bestehen bleiben. Neben diesen Hauptpunkten steht die Vorlage noch eine ganze Anzahl von Bestimmungen vor, die sich teilweise auf die Einzelregulierung der verschiedensten Positionen, teilweise auf Sicherheitsbestimmungen gegen böswillige Ausnutzung der Unterstufungseinrichtungen anziehen. Erwähnt sein mag noch, daß die Gesamtarbeit unter Unterstützung von 2 Mark auf 2,50 Mark hinaufgesetzt und daß für den Bezug der Invalidenunterstützung die Karenzzeit auf 450 Wochenbeitragszeit bezogen, auf 700 Beitragswochen verlängert worden ist. Die Invalidenunterstützung, die 1 Mark beträgt, soll für die älteren Verbandsmitglieder mit einer Beitragsleistung von 750 bzw. 1000 Wochen über die Karenzzeit hinaus, 1,25 bzw. 1,50 Mark betragen.

Der Berichterstatter bittet am Schluß seines Darlegungen nochmals um einstimmige Annahme der Vorschläge und hat die Genehmigung, daß die Generalversammlung unter lebhaften Beifallsbezeugungen die Vorschläge debattieren akzeptiert, nachdem Faber-Berlin der Kommission für ihre gründliche Arbeit dank gesagt und darauf hingewiesen hat, daß in der letzten Lage das geboten wurde, was zu bieten möglich war und daß insbesondere der gewerkschaftliche Charakter der Organisation in den Vordergrund gestellt wurde.

Die neuen Unterstufungseinrichtungen treten mit dem 1. Januar 1914 in Kraft.

Es finden nun noch einige während der Tagung zurückgestellte Anträge ihre Erledigung. Bezüglich der Stellung des Verbandes zur „Vollstufung“ erklärt Döblin, daß er in der Aussprache mit den Vorstehenden der übrigen Verbände und der Verwaltung des Unternehmens wie auch in der Aussprache mit der Generalkommission bindende Versprechungen für die Organisation nicht übernommen habe. Es stehe daher den Mitgliedern frei, für ihre Person irgendwelche Funktionen für die Vollstufung zu übernehmen oder nicht. Für Selbstverständlichkeit habe er es, daß die Kollegen dort für die „Vollstufung“ Propaganda machen, wo sich ihnen entsprechende Gelegenheit dazu biete.

Döblin gibt nun noch ein Resümee von den Verhandlungen, von Grassmann wird die statistische Zahl von Beigehungsmitgliedern vorgelesen, der französische Delegierte Portier hat in der ungarische Delegierte Rothstein in Budapest halten Ansprachen, zwischen dem Verbandesorgan und der britischen Kommission werden gegenseitige Mandatsbeziehungen ausgetauscht und dann wird der Verbandstag geschlossen.

DUCK
DIE NEUE QUALITÄT
3
CIGARETTE

MEIN

Saison-Räumungs-Verkauf

BIETET UNVERGLEICHLICHE VORTEILE

PRÜFEN SIE
MEINE AUSLAGEN!

M. Schneider

BRESLAU NEUE SCHWEIDNITZER STRASSE 1
AM KAISER-WILHELM-DENKMAL

3776

Fabrikarbeiter-Verband
(Fabrikarbeiter-Obstand)

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
Sonntag, den 20. Juni, nachm. 2 Uhr, im Gasthof zur Stadt Leif.

Tagessordnung: 1. Der Streit in der Fabrikfabrik und seine Folgen. 2. Erhebung eines Sozialbeitrages pro Mitglied und Woche 5 Pfg. Referent: Gausewitz Kowalski, Breslau. 3581

Kollegen! Es ist eure Pflicht, zu dieser wichtigen Versammlung recht zahlreich zu erscheinen, denn es gilt zu zeigen, daß wir nicht wagen, noch zittern, sondern alles daran setzen, um den Ausbau unserer Organisation zu fördern. Und zum Schluß, dem Unternehmertum zum Trotz!

Die Ortsverwaltung.

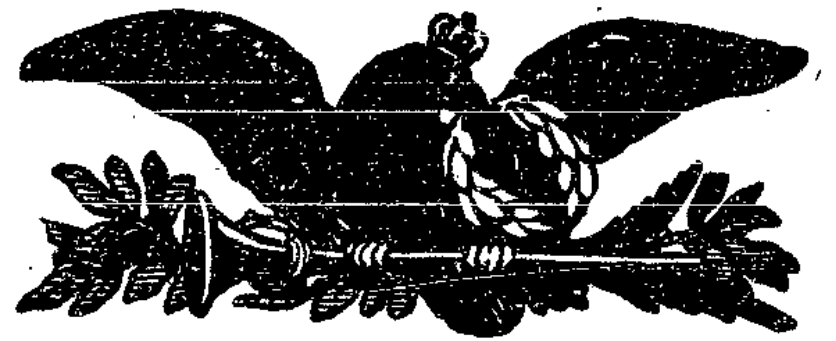
Zoologischer Garten. 2974

Heute Freitag: **Konzert** der Kapelle des Gren.-Regiments 11 (Reinhold.) (50 Pfg.)

Anfang 4 Uhr.

Bei gutem Wetter Abends 9 Uhr Leuchtfest.

Wilhelmsburg Heute Donnerstag:
Grosser Sommernachts-Ball
mit Orchester-Band.
3773 Gr. F. Hützel.



**Jahrhundertfeier der Freiheitskriege
Breslau 1913**

Sonnabend, den 12. Juli, abends 8 Uhr
in der Jahrhunderthalle:

Fest-Konzert

Leitung: Julius Bräuer.

Orchester: Die verstärkten Kapellen des
Stadtheaters und des Orchestervereins.

150 Künstler.

Programm:

Kaisermarsch Richard Wagner
Intermezzo Goldoni Enrico Bossi
(Zum ersten Male)
Scheherazade N. Rimsky-Korsakow
(Nach Erzählungen aus 1001 Nacht)
Also sprach Zarathustra Richard Strauss
bes Preludes Franz Liszt

Preise der Plätze: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.
Vorverkauf im Verkehrs-Büro Barasch, Ring, in der Verkehrshalle
der Ausstellung und bei Julius Balnauer, Schweidnitzerstraße.
Programmbücher zum Preise von 30 Pfg. bei Barasch, Balnauer
und in der Ausstellung.

3775

Gekrönte Sanguiniker

von Hans Lenz.

Statt 5.00 Mk. nur 80 Pf. Durch Expedition und Kolporteur.

Kleiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte
10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Guthaben für
5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der
Berlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Vermietung

Verfügbares Logis für Herrn bei
Kapelle, Friedrichstr. 78, II. Bb. 3780

Wer leitet Genossen 30 Pfl auf 1/2 Jahr
gegen Vergütung. Off. u. S. 54 a. b. Grsch.
b. Sig. 3779

Verkauf

Getragene Maßgarderoben, für jede
Genosse f. Darsich v. 100-150 Pfl. billig, gut erhalten. Kaufhaus für
gegen monatl. Rückzahlung, 6% Zins. Darsichgarderoben. Neue Schweidnitzer-
Verhandl. Off. u. S. 50 Grsch. b. Sig. 3778/straße 6. 3754

Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können
ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und
die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie
unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren
Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und
sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“
berufen.

Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt.

Schauspielhaus
Gesamt-Gastspiel des
Berliner Lesing-Theaters.
Donnerstag, 8 Uhr:
„Kammerholm.“
Freitag, 8 Uhr: 3699
„Das Konzert“.
Sonnabend 8 Uhr:
„Jedda Gabriel“.

Liebig's Etabl.
Täglich abends 8 Uhr. 3677
Breslau, so siehste aus!
glänzend renoviert,
and illuminierten Garten
Gr. Grosses Konzert 378

Zeltgarten.
Gingiges Sommer-Parlör.
Biesenprogramm.
Erstklassige Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr: 3698

RZ

Residenz-Theater
Gartenstrasse. Liebig.
Nur noch 4 Tage!
Täglich von 11 Uhr vorm.
bis 10 Uhr abends:

Lebend!

Das Kopf mit dem schönsten
geschwungenen Schwanz,
das größte Naturwunder
das je gelebt.
Sonderden:
Ohne Extra-Entree:
ASFA 3670
Die lebende Fuppe!
Entree 35 Pfg., Kinder
Nur die Hälfte.

Geogr. Isolat. Bohlung
Nur 20. 100. 200. 300. 400. 500. 600. 700. 800. 900. 1000.
Nur 20. 100. 200. 300. 400. 500. 600. 700. 800. 900. 1000.
Nur 20. 100. 200. 300. 400. 500. 600. 700. 800. 900. 1000.

Malerwerkstatt etc.

**Jahrhundertfeier der Freiheitskriege
Breslau 1913.**

Freitag, den 27. Juni: **Rosentag!**

Keine erhöhten Eintrittspreise! **Tanerkarten haben Gültigkeit!**

Von nachmittags 4 Uhr an werden an den beiden Hauptportalen

10000 Rosen

an die eintretenden Damen kostenlos verteilt.

Von 3-5 Uhr: für Kinder freie Fahrt auf der Liliputbahn.

In der **Reithalle** haben Kinder von 3-5 Uhr in Begleitung Erwachsener freien Eintritt.
der Erwachsene zahlen 10 Pf. **Reiten für Kinder 10 Pf.**

Von 3-6 Uhr im **Kongodorf**: Eintritt für Kinder 10 Pf., für Erwachsene 20 Pf.
Bei eintretender Dunkelheit: **Ganze Illuminationsbeleuchtung!**

Um 9^{1/2} Uhr im **Vergnügungspark**: **Großes Höhenfeuerwerk.**
Bengalische Beleuchtung von Baumgruppen im Vergnügungspark.

In den **Pavillons am Wasserbecken**:

Doppel-Konzert

ausgeführt von der Kapelle des 10 Grenadier-Regiments, Schweidnitz (Krauss) und
der Stadtheaterkapelle (Räster).

Im **Vergnügungspark**: Kapelle des **Jahrg.-Regiments Nr. 6 Reife (Keyor).**

Naturtheater: Nachmittags 4^{1/2} Uhr: 33 Min. in Grüneberg. **Das war ich.**
abends 8 Uhr: **Was Ihr wollt.**

Schweizer Käse-Brud
1/2 Pfund 20 Pfg. 1917
Bekanntester deutscher Käse.
Käse-Zentrale, Reifergasse 33.

Nur **50 Pf.**
wöchentl. betr. die Rate für
Dickens Werke
Vollständige Ausgabe in 2 Bänden
Gesamtpreis 3 Mk.
Zu beziehen durch
Kolporteur u. Expedition.



Schneiderei H. vom Ring aus rechts
Tel. 5390 u. 5291.
Kaiser-Wilhelmstrasse (Bahnhöfen) Kondorfstrasse 23/75.

ff. Nordsee-Cabliau	im Anschütz	hochfeiner Rästenhecht
22 Pf.	per Pfd.	26 Pf.
Seelachs	im Anschütz	Schellfisch
20 Pf.	per Pfd.	24 Pf.

Angelschellfisch . . . Pfl. 21
Krautkohl 29
Brotkorn 22
Krautkorn 22

frische Kaviar **frische Kaviar**
Preis nach Maßgabe von 10, 15, 20, 25 u. 30 Pf.

Wichtiges Informationsblatt
von Hofmann - 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition
und die Kolporteur.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. Juni.

Gute Verbindungen oder Geschäftslüchtigkeit?

Von sachverständiger Seite wird uns geschrieben: Die wirtschaftliche Lichtigkeit ist heute längst nicht mehr allein glücklicher Maßstab für die Erfolge eines Industriebetriebes oder einer Bank. Maßgebend ist die gute Verbindung. Die gute Verbindung mit Finanzmächten, die gute Verbindung mit anderen Aktiengesellschaften, die gute Verbindung mit Stadtverwaltungen und nicht zuletzt die gute Verbindung mit den unterschiedlichen Staatsbehörden. Von der geschickten Verknüpfung persönlicher Interessen, hängt sehr oft das Bestehen großer Aktiengesellschaften und Finanzinstitute ab. Je gewaltiger im Umfang diese Unternehmen sind, umso entscheidender wird die Auswahl der „befreundeten“ Personen für das Schicksal und die Entwicklung des Betriebes sein.

Wie wird das nun im Einzelfall gemacht? Jetzt wird durch das „B. T.“ eine eigenartige Methode, die dem oben geschilderten Zweck gerecht zu werden versucht, von der Bank für Handel und Industrie bekannt, die unlängst die Breslauer Diskontobank mit ihren sämtlichen Zweigniederlassungen verschluckt hat. Bis jetzt gehörten zwei Mitglieder des Aufsichtsrats der Breslauer Diskontobank auch dem Aufsichtsrat der Darmstädter Bank an; zu diesen beiden hat sich jetzt noch ein dritter gesellt. Nun besteht aber der Aufsichtsrat der Breslauer Diskontobank aus 20 Mitgliedern, zum Teil sehr hochwohlhablichen Personen. Von ihnen würden sich zehn nun überflüssig sein, sie würden sich mit all ihren Verbindungen und ihrem natürlich nur sachlichem Interesse an einer unabhängigen Aufsichtsratsstelle nach einer anderweitigen Beschäftigung umzusehen haben. Das könnte aber wieder der Darmstädter Bank (Bank für Handel und Industrie) gerade recht sein, da sie die Breslauer Diskontobank mit all ihren Geschäften übernommen hat, recht unangenehm werden. Da kam man auf einen pfiffigen Ausweg. Es wurde in Breslau ein Lokalkomitee für die schlesischen Zweigniederlassungen der Darmstädter Bank gegründet, und in dieses die übrig gebliebenen früheren Aufsichtsratsmitglieder der Breslauer Diskontobank hineingewählt.

Nun noch die greifbare Bedeutung dieser Maßnahme. Vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates der ehemaligen Breslauer Diskontobank, dem Geheimen Oberfinanzrat von Altking, der in 31 deutschen Aktiengesellschaften sitzt und Direktor der Darmstädter Bank ist, wollen wir ganz absehen. Nun aber die anderen Herren! Der Kommerzienrat Louis Grünfeld, in Firma Kawad u. Grünfeld, redet auch im Aufsichtsrat der Brieger Stadtbrauerei mit. Der Fabrikbesitzer Schüller aus Strachwitz sitzt nebenher in der Schlesischen Feuerversicherungsgesellschaft, Herr Adolf Landsberger ist Bankier in Firma Oppenheim u. Schweizer, Breslau, und sitzt auch in der Oberschlesischen Holzindustrie A.-G., Deuthen, und in der Plantanwerke A.-G. in Ratibor, Herr Arthur Stenkel ist nur Major a. D.; dafür aber vertritt das weitere ehemalige Aufsichtsratsmitglied der Diskontobank, von Wallenberg-Pachaly, eine wichtige und alte Breslauer Bank, die für sich wieder in fast zwei Dutzend anderen Industrie- und Handelsgesellschaften mitzureden hat. Herr Eugen Ziekurich ist als Aufsichtsrat in mehreren schlesischen Portlandzementwerken beteiligt. Der Geheimrevisor Ratmannow ist ein Reichsbankdirektor a. D. Herr Felix Eisenmann sitzt in Berlin und ist Generalkonsul. Der Bankdirektor v. Simson ist Mitregierender in der Darmstädter Bank, hat selbstverständlich auch noch ein kleines Duzend Aufsichtsratsposten. Der Geheimrevisor Handlungsrat a. D. Schubarth beteiligt sich, nachdem er nicht mehr im Dienste der kgl. Preuß. Seehandlung Beschäftigung hat, für ungarische Eisenbahnen, Berliner Leinwandfabriken, das Bankgewerbe und einen Spinnerbetrieb — macht insgesamt sieben Aufsichtsratsstellen. Der königl. Kommerzienrat Kinkel sitzt für sich wieder in fünf anderen Aufsichtsratsposten. Herr Julius Hockegand ist Generaldirektor der Donnersmarckhütte und hat außerdem drei Aufsichtsratsmandate. Der Herr Graf v. Sopotitz ist Wirklicher Geheimrevisor, Mitglied des Herrenhauses und Fideikommissbesitzer. Der Kommerzienrat Micholowsky ist Direktor der Ostbank für Handel und Gewerbe in Posen und hat von dort aus natürlich noch ein halbes Duzend Aufsichtsratsmandate wahrzunehmen. Herr Gaenitz aus Charlottenburg ist Bankdirektor a. D. und beschäftigt sich jetzt nur noch nebenbei in vier Aufsichtsratsposten. Herr Georg Rauffmann ist Rittergutsbesitzer und Kommerzienrat und hat Interesse für ein Viertel Duzend Aktiengesellschaften. Der Kommerzienrat Weichelt, Grünberg, sitzt wiederum ein Duzendmal zwischen Breslauer Diskontobank und Darmstädter Bank und saß in beiden Aufsichtsräten; er hat aber außerdem noch für die Bruchwitzer Textilwerke die nötige Aufmerksamkeit. Herr v. Brodhorff ist Generalbevollmächtigter des Fürsten v. Donnersmarck und sitzt für diesen in 25 Aufsichtsräten. Und das zwanzigste Aufsichtsratsmitglied, Dr. Pohl, ist Hofmarschall des Fürsten

Nun soll mal noch jemand kommen und sagen, die Darmstädter Bank handele nicht klug, wenn sie sich nach dem Entschieden der Breslauer Diskontobank, deren Aufsichtsratsmitglieder sämtlich gute Verbindungen sind, durch einen Vizeaufsichtsrat weiterhin warmhält!

Notstandsarbeiten in Breslau.

Die Arbeitslosen-Versammlung am 29. Mai hat durch einen Erfolg gefehlt. In einem Dringlichkeitsbeschluss verlangt jetzt der Magistrat von der Stadtverord-

neten-Versammlung, sie soll 22.020 Mark bewilligen, damit als Ersatzarbeiten bei der Gartenverwaltung, der Marktverwaltung und der Verwaltung des Säuglingsheims ausgeführt werden können. Es handelt sich im besonderen um das Anlegen von Plätzen, Spielwiesen und das Eindecken angefahrener Müllmengen. In der Begründung der Magistrats-Vorlage heißt es unter anderem:

Auf dem hiesigen Arbeitsmarkte herrscht in den letzten Monaten ein verhältnismäßig starkes Ueberangebot von Arbeitskräften. Dies dürfte allgemein bekannt sein, findet aber auch darin seine Bestätigung, daß im Jahre 1913 die Zahl der versicherungspflichtigen Krankenkassenmitglieder in der Zeit vom Februar bis zum Juni sich verhältnismäßig außerordentlich ungünstig gestaltet hat, und darin, daß im städtischen Arbeitsnachweis in der Zeit seit dem 1. Januar 1913 die Spannung zwischen der Zahl der Arbeitsuchenden und der Zahl der offenen Stellen verhältnismäßig ungewöhnlich groß geworden ist. Wenn nun auch vielleicht in den nächsten Monaten von hier eine gewisse Abwanderung überschüssiger Arbeitskräfte in landwirtschaftliche Tätigkeit sowie zu den Arbeiten der Oderregulierung — und zwar wie wir bestimmt annehmen können, in nicht unerheblichem Umfang — erfolgen könnte, so möchten wir doch zu unserem Teil zur Beseitigung des Arbeitsmangels dadurch beitragen, daß wir gewisse Arbeiten schon in den nächsten Monaten ausführen lassen, die sonst erst einer späteren Zeit vorbehalten blieben.

Der Magistrat hat sich also davon überzeugt, daß die Verhältnisse der organisierten Arbeiter über die große Arbeitslosigkeit in Breslau der Wahrheit entsprechen, und er schlägt vor, gewisse Arbeiten vorzeitig auszuführen, um der Not zu steuern. Was der Magistrat freilich über den Lohn für die Notstandsarbeiten sagt, ist keineswegs erfreulich; es heißt darüber in der Vorlage:

„Soweit zur Ausführung der Arbeiten Arbeiter herangezogen werden, die bis dahin nicht bei der städtischen Verwaltung beschäftigt sind, beschäftigten wir, ihnen einen etwas geringeren Lohn zu zahlen als den örtlichen Tagelohn. Es sollen dabei auch natürlich nur solche Arbeiter eingestellt werden, die mindestens ein Jahr in Breslau wohnen; verheiratete Arbeiter würden bei der Einstellung bevorzugt werden.“

Warum bei den Notstandsarbeiten nicht einmal der örtliche Tagelohn von drei Mark an die Arbeitslosen gezahlt werden soll, das verschweigt der Magistrat. Nun, freitags nachmittag wird über den Dringlichkeitsantrag verhandelt; da dürfte man wohl näheres über die Gründe hören.

Die General-Versammlung

des sozialdemokratischen Vereins Breslau heute abend im Gewerkschaftshause hat die Neuwahlen des Vorstandes und der Kommissionen vorzunehmen. Nur Mitglieder und Vertreter haben Zutritt. Als Ausweis dient das Mitgliedsbuch.

Die Studienkommission

für eine städtische Arbeitslosen-Unterstützung

hat Mittwoch nachmittag wieder eine Sitzung abgehalten und folgenden sozialdemokratischen Antrag angenommen: Die Kommission empfiehlt der Stadtverordneten-Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, als Grundbedingung für eine städtische Arbeitslosen-Unterstützung (Notstandsarbeiten oder bare Unterstüzungen) in den Etat für 1914 30.000 Mark einzustellen. Der Antrag, auch für 1913 aus dem Hauptgetraordinarium 20.000 Mark zu bewilligen, wurde abgelehnt.

Die Kommission verhandelte dann über die Frage der Arbeitslosen-Zählungen und hat beschlossen, im August 1913 und März 1914 Arbeitslosenzählungen durch das statistische Amt der Stadt Breslau vornehmen zu lassen.

Das Bemühen des Vorsitzenden der Kommission, die Arbeitslosennachweise der hiesigen Zünfte zu verschmelzen, ist vorläufig ohne den gewünschten Erfolg geblieben. Von den angefragten mehr als 10 Zünften haben nur 16 geantwortet, und zwei davon sind bereit, ihre Arbeitslosennachweise zu Gunsten eines Zentralarbeitslosennachweises aufzugeben; die anderen Zünfte verhalten sich leider ablehnend. Die auf Verschmelzung der hiesigen Arbeitslosennachweise gerichteten Bemühungen werden ungeachtet dessen eifrig fortgesetzt.

Eine eigenartige Klage gegen die Stadtgemeinde Breslau

beschäftigte am Mittwoch die hiesige 5. Zivilkammer des Breslauer Landgerichts. Der Kläger ist der Eislergeselle Josef Adolf von hier, über dessen trauriges Geschick wir schon einmal berichtet haben. Adolf erkrankte im Mai v. Js. an einem Lungenleiden und becau sich auf Anraten eines Arztes in das Allerheiligen-Hospital. Da sich gleich nach der Aufnahme hochgradiges Fieber einstellte, mußte sich der Patient ins Bett legen. Am Nachmittag des 13. Mai steigerte sich das Fieber bis zu einer sehr bedenklichen Höhe. Während des Fieberwahns phantasierte Adolf lebhaft und sprang plötzlich aus dem Bett, in der offenkundigen Absicht, sich zum Fenster hinauszustürzen. Dabei durchschneidte sich der Unglückliche beim Einschlagen des Fensters sämtliche Sehnen der rechten Hand, so daß diese jetzt vollständig unbewegbar geworden ist. Wie schwer die Verletzungen waren, erhellt aus der Tatsache, daß dem Kranken ein Stück Haut von einer Stelle des Körpers abgeholt und auf die durchschnittene Hand verpflanzt wurde. Leider hat es die ärztliche Kunst nicht vermocht, dadurch die Hand arbeitsfähig zu erhalten.

Der Klageanspruch des Klägers, der von der Stadtgemeinde Breslau eine monatliche Rente von 80 Mark bis zur Vollendung des 70. Lebensjahres fordert, stützt sich auf das Vertragsverhältnis. Denn es könne keinem Zweifel unterliegen, — meint Rechtsanwält v. Bandmann — daß auch der Kranke, der auf Anordnung einer Rasse in ein Krankenhaus zur ärztlichen Behandlung aufgenommen werde, zum Krankenhause in einem Vertragsverhältnis stehe und nicht nur die Rasse-Trägerin der diesem Rechtsverhältnis sich ergebenden Rechte ist. Der Kläger macht geltend, er dürfe sich nicht selbst überlassen bleiben, er hätte dauernd Überwacht werden müssen. Nur dadurch, daß die Überwachung unterblieben, sei die höhere Bauerns nachteilige Verletzung zustande gekommen. Dagegen meinte die Stadtverordneten-Versammlung, es habe bei der Entlassung des Kranken ein Grund vorliegen müssen, besonders der Art, daß der Kranke in ein Krankenhaus aufgenommen werde. Ohne daß die Verhältnisse des Kranken eine solche Verletzung

verursacht habe, sei der Kranke plötzlich vom Bett aufs Fensterbrett gesprungen und habe mit einem emallierten Kaffeebecher in die Scheiben geschlagen. Zwei Wärterinnen hätten sich sofort auf den Kranken gestürzt, hätten es aber nicht verhindern können, daß sich Adolf in der geschichterten Art die Hand zerschneidete. Es geht aus diesen Tatsachen hervor, daß es an der notwendigen Überwachung des Kranken nicht gefehlt habe. Der lagenartige Auffringen hätte schließlich durch eine noch schärfere Bewachung des Klägers auch nicht verhindert werden können. Rechtsanwält Bandmann machte geltend, man hätte den Verletzten in einem Spitalbetten unterbringen müssen, wie es im Allerheiligen-Hospital für stehende Kranke im Gebrauch ist. Auch seien zwei Wärterinnen zur Bewachung dieses Kranken durchaus nicht ausreichend gewesen. Es hat eine eingehende Beweiserhebung stattgefunden, insbesondere die Verlesung auf ein Verhulden des Hospitals zurückzuführen ist.

Die fünfte Zivilkammer wies die Klage ab.

Jahrhundert-Ausstellung

Rosenitag.

Der morgige Freitag soll im Zeichen der Rose stehen, von der 60.000 prächtige Stüde im Rotarium seit Wochen das Entzücken von vielen Tausenden Besuchern bilden. An den Hauptportalen, also am Haupteingang der Ausstellung wie auch am Eingang zum Vergnügungspark, werden 10.000 Rosen den Eintretenden kostenlos überreicht. Auch für die Kinder ist an diesem Nachmittag von der Ausstellungsleitung wieder ganz besonders gesorgt worden. Bei Eintritt der Dunkelheit große Illuminationen beleuchten um 9 1/2 Uhr im Vergnügungspark am Platz hinter dem Freigarten prächtiges Hochfeuerwerk.

Festkonzert in der Jahrhunderthalle.

Das im Inverteil der Zeitung angekündigte Festkonzert in der Jahrhunderthalle unter Leitung des Kapellmeisters Julius Primmer dürfte ein besonderes Ereignis darstellen. Es ist die erste große musikalische Veranstaltung der Stadt Breslau in der Jahrhunderthalle. Die Eintrittskarten sind von heute an in der Stellen erhältlich, die in der Anzeige bekannt gemacht sind. Die Programmblätter werden vom 1. Juli an verkauft.

Kropfkrankheit in einem städtischen Erziehungshause.

Seit einiger Zeit macht sich in auffallender Weise bei den Jünglingen der Willert'schen und Kaiser-Wilhelm-Stiftung in Herrnprotich eine Kropfbildung bemerkbar. Die Krankheit hat unvermittelt einen solchen Umfang angenommen, daß gegenwärtig ungefähr 66 Prozent der Kinder — die Mädchen in noch stärkerem Grade als die Knaben — mit Kröpfen behaftet sind.

Der Krankheitserreger ist noch unbekannt. Die bakteriologische und chemische Untersuchung des Leitungswassers haben aber die Ursache der Kropfbildung keine Aufklärung bringen können. Da jedoch nach ärztlichem Ausspruch der Krankheitserreger im Trinkwasser zu suchen ist, hat der Magistrat zunächst die Sperrung sämtlicher Zapfhähne veranlaßt und einen Kupferkessel aufstellen lassen, für die das Wasser zum Trinken und für den Küchengebrauch abgekocht wird. Diese Maßregel ist nur eine vorläufige; die Aufstellung eines Sterilisierapparats ist geboten, da das Abkochen und Köhlen des Wassers für den Gebrauch von ungefähr 120 Personen recht unbillig ist und auch der dauernde Genuß abgekochten Trinkwassers sich nicht empfiehlt.

Der Magistrat beantragt deshalb bei der Stadtverordnetenversammlung, für die Verwaltung der Willert'schen und Kaiser-Wilhelm-Stiftung in Herrnprotich einen stationären Sterilisier-Apparat von der Firma Rudolph A. Hartmann in Berlin zum Preise von 5800 Mk. anzuschaffen. Der Anschluß an die Wasserleitung kostet 700 Mark, so daß im ganzen 6500 Mark auszugeben sind.

Billige Theaterbillets zum Gastspiel des Berliner Lessing-Theaters (eine der ersten deutschen Bühnen) im hiesigen Schauspielhaus sind für unsere Mitglieder in der Expedition der „Volkswacht“ für die Vorstellungen am Sonntag abend (Paradiesens Rosenmontag) und am Montag abend (Ibsens „Nora“) zu haben. Preise der Plätze: 1. Rang und Parquet 1 Mk.; 2. Rang Mitte 0,75 Mk.; Seitenplätze 0,50 Mk. und 0,30 Mk.

Auch stehen uns noch Billets zu Sonnabend abend (Ibsens „Hedda Gabler“) zur Verfügung.

Vom Versicherungsamt. Die Räume des Magistratsbureaus 13, Herrenstraße 28, welche nicht mehr aus für den erweiterten Geschäftsumfang. Der Magistrat empfiehlt deshalb, auch den dritten Stock des Hauses Herrenstraße 28 auf drei Jahre zu mieten; die jährliche Miete beträgt 1700 Mk. Für Einrichtungsgegenstände werden 4100 Mk. verlangt.

Monistenbund. Die Breslauer Ortsgruppe des Deutschen Monistenbundes hatte Sonntag, den 23. Juni, ihren Sommerausflug auf den Zobten, der zu einem Sonnenwendfest ausgefallen worden war. Die erfreulich zahlreiche Teilnehmerzahl stieg von der Eisenbahnstation Zobten zunächst zum Bismarckturm hinauf, wo der Vorsitzende, Herr Justizrat Marcus aus Breslau eine stimmungsvolle Ansprache hielt. Dann wurde über den Mollkesseln der Gipfel des eigentlichen Zobtenberges erklimmt und nach längerer Mittagsrast über die Kampfelder Höhe nach Gorkau-Rosenthal abgestiegen. Im Garten des dortigen Restaurants wurde bei Sonnenuntergang ein mächtiger Holzstoß entzündet und während das Feuer emporleuchtete, hielt Herr Justizrat Marcus eine zweite Ansprache, der sich der Gesang eines Sonnenwendliedes anschloß, das von einem Ortsgruppenmitglied gedichtet war.

Neuer Schwindlertrick. Zu einem Beamten auf der Fiedlerstraße kam in dessen Abwesenheit ein Mann, der eine mit Farbe bespritzte Weste trug, also anscheinend ein Maler war, und brachte eine Wäsche mit Farbe, die angeblich vom Beamten bestellt sei und für die er einen Beitrag von 2,50 Mark forderte. Die Farbe wurde ihm anstandslos abgenommen und man gab ihm ein Fünfmärkstück. Der junge Mann gab an Stelle eines Zweimärkstüdes ein halbes Rubelstück (Wert etwa 1,15 Mk.) und eine halbe Mark heraus und verschwand. Bei der Heimkehr des Beamten stellte es sich heraus, daß dieser gar keine Farbe bestellt hatte. Nach der Beschreibung handelt es sich um denselben Schwindler, der, wie gemeldet, bereits einen ähnlichen Schwindler mit einer Rolle Papier geübt hatte. Der Schwindler ist etwa 20 Jahre alt, mittelgroß, hat aufgedunsenes Gesicht, blonden Schürbart, ebenfalls schwarzes Haar. Er war mit braunen Jacken, mit Farbe bespritzter Weste und grauer Flanellhose mit Schilb bekleidet. Es sei bemerkt, daß er kein gewohnter

Abhandeln gefangenem Betrübter. Ein Mann, der gekommen ist ein Anwalt der Schlesischen Boden-Redaktion Nr. 10338 über 100 Mk. und ein Anwalt von der gleichen Nr. 10338 über 20 Mk. Vor Anlauf der Werbepost ist

ermittelt wird seit dem 10. Juni der 40. Jahrestag des Kaiser Paul Danzons. Seitens des Kaiser Paul Danzons ist am 27. Juni die 16. Jahrestag des Kaiser Paul Danzons.

Janitz, 26. Juni. Eine Lebensmüde. Dienstag nachmittag vernahm man in der Schickwerder lauten Wehklagen, das aus den vor den Bedürfnisanstalten befindlichen Bosketts drang. Man fand dort ein etwa 17-jähriges Mädchen, das sich in Schmerzen auf Erdboden wand. Es hatte in selbstmörderischer Absicht eine Flasche Uysol ausgetrunken und schwere innerliche Verwundungen davongetragen. Es handelt sich um das in Peterwitz in Stellung befindliche Dienstmädchen Martha Gagner, das früher in der Hülsgrobenstraße zu Groß-Nosen untergebracht war. Es hat die Tat begangen, weil es durch schlechte Behandlung zur Verzweiflung getrieben wurde. Das letztere ist natürlich wieder nicht wahr.

Wanzen, 26. Juni. Warnung. Durch Genuß unreifen Obstes starben im nahen Niehmen zwei Kinder des Leichverwalters Steiner.

Siegersberg, 26. Juni. Der Mord von Langhelwigsdorf vor dem Schwurgericht. Mittwoch begann vor dem hiesigen Schwurgericht die Verhandlung gegen den Obitfänger Adolf Meißner aus Königswalde, Kreis Neuhof, der beschuldigt ist, in der Nacht vom 16. November v. J. die 76-jährige Witwe Dreher in Langhelwigsdorf, Kreis Volkshaus, ermordet und bei dieser Gelegenheit auch einen schweren Liebstahl verübt zu haben. Meißner ist wegen einer rauberischen Erpressung, die er am 20. November v. J. in Siegersberg, Kreis Siegersberg, begangen hat, am 12. April vom hiesigen Schwurgericht zu 7 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt worden. Den Mord bestritt der Angeklagte mit aller Entschiedenheit. Die Verweise stützte sich in der Hauptsache am ersten Verhandlungstage auf Indizien. Für die Verhandlung sind zwei Tage in Aussicht genommen, sodas Donnerstag das Urteil erfolgen kann.

Siegenhals, 23. Juni. Aus der Partei. Die am Sonnabend stattgefundene Mitgliederversammlung des Wahlvereins war nur mäßig besucht. Nach der Wahl zweier Stellvertreter zum Vorstande wurde ein Bericht über die „Volkswacht“ gewährt. Eine Genossin, die längere Jahre in Ausland war, hielt hierauf einen längeren Vortrag über ihre Erfahrungen im Lande der Kulte. Aus ihrem interessanten Vortrage war zu entnehmen die Tatsache, daß auf der einen Seite das Volk durch Kulte und Religion niedergehalten wird, während auf der anderen Seite die Schergen und Spitzhüben ihr gemeines Spiel mit dem Volke treiben. Der Vortrag fand Beifall.

Neustadt OS., 28. Juni. Die Stadtväter erledigten in ihrer letzten Sitzung zunächst einige kleinere Vorlagen: Kleinfelderpachtung, 1500 Mk. Ruhegehalt für den Revierförster Kahau, der Verkauf des Forstereigentums in Wildgrund an den Bäckermeister Solta für 4200 Mk., Vergebung von Kleinerarbeiten am Insellionsgebäude des Krankenhauses, Lieferung von Granitsteinen und Steinplatten. Für einen Bücherschrank in der städtischen Registrator werden 280 Mk. bewilligt. Bei der Festlegung der Gehälter der in städtischen Betrieben beschäftigten Meister entstand eine längere Debatte, nach der beschlossen wurde, die für dieses Jahr eintretenden Erhöhungen im Betrage von 355 Mk. außerordentlich zu bewilligen. Bei dieser Gelegenheit glaubte der Stadtvater sein arbeiterfreundliche Gesinnung noch besonders durch die Worte: „Sie mögen machen was Sie wollen, Zufriedenheit wird doch nicht erreicht!“ zum Ausdruck zu bringen. Das sieht Herrn Fein als ehemaligen Klempnermeister, der mit viel Begehrten arbeitet, sehr ähnlich. Beschlossen wurde nach längerer Debatte der Umbau des ehemals Richterischen Grundstücks. Die Kosten in Höhe von 3250 Mk. werden aus dem Vertriebsfonds entnommen. Nach Erledigung einiger unwesentlicher Vorlagen wurde die Versammlung der Stadtväter geschlossen.

Neustadt OS., 24. Juni. Kreis-Konferenz. Am Sonntag tagte im Gewerkschaftshause die zweite Kreis-Konferenz des Wahlkreises Neustadt OS. Vertreten waren Neustadt OS. mit 5 Delegierten (darunter zwei Genossen), Wiese, Langenbrück, Schellenwalde, Steinau, Bresnig, Erzeininberg und Deutsch-Raffelwitz hatten je einen Vertreter entsandt. Aus verchiedenen Gründen konnten die Vertreter mehrere Ortschaften persönlich an der Konferenz nicht teilnehmen. Die Tagesordnung lautete: 1. Geschäfts- und Kasienbericht des Kreisvorstandes für 1912/13, 2. Agitation und Organisation und 3. Anträge und Beschlüsse. Den ersten Punkt erledigte Genosse Kluger. Hierbei ist bemerkenswert, daß insgesamt 126.000 Flugblätter und Broschüren nur von einem kleinen Kreis von Genossen verbreitet wurden. Landboten wurden 15.000 und sonstige Broschüren 7000 verteilt. Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung referierte Genosse Scholich-Dreslau. An der Diskussion über beide Punkte beteiligten sich die Vertrauensleute der Landorte recht lebhaft. Besonders die Anregung des Genossen Scholich, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht möglich wäre, für Neustadt OS. irgend etwas zu schaffen und den Verdrehungen und Verleumdungen des Zentrums besser entgegenzuwirken, fand ungeteilten Beifall. Betruscha-Raffelwitz führte die Lage über das mangelnde Interesse, das die dortigen Bauarbeiter den politischen Bestrebungen entgegenbringen. Dies sei auf verschiedene bekannte Einflüsse zurückzuführen. Christ-Neustadt legte in trefflichen Ausführungen die Schwierigkeiten dar, die sich der Agitation auf dem Lande entgegenstellen. Wiesel-Neustadt beschränkt, im Landboten eine Kritik zu schaffen, unter der die Zentrumschwindscheit zurückgewiesen werden. Nach manchen anderen anerkanntswerten Anregungen kam aus dem Kreise der Delegierten heraus, auf die Genosse Scholich in seinem Schlusswort noch näher einging. Ein Antrag, alljährlich mindestens eine Kreis-Konferenz abzuhalten, gelangte zur Annahme. Ein stimmvolles Lied wurde zur Eröffnung wie zum Schluß vom hiesigen Gesangsverein vorgetragen. Mit neuem Mut befeelt und in froher Zuversicht des Erfolges, der auch in der schwersten Zentrumsdomäne, wenn auch langsam, aber unfehlbar intensiver Arbeit folgt, schieden die Delegierten von einander.

Guben, 26. Juni. Vom hiesigen Schwurgericht wurde die 19 Jahre alte Näherin Maria Rosch wegen Ermordung ihres neugeborenen Kindes unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu 2 Jahren 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte hatte ihr Kind gleich nach der Geburt durch 13 Stiche in den Kopf vorsätzlich getötet.

Hohnau, 26. Juni. Unglücksfall und Blutschlag. Am 23. Juni, nachmittags, erlitt ein 1 1/2 Jahre alte Söhnchen des Grubenarbeiters Buchheim aus Schönbach in einem kleinen Wasserloch direkt an der Strafe. Im nahen Garten waren einige Leute im Feuer beschäftigt, ohne etwas zu merken. Am 24. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, schlug ein Kugelblei in das Anwesen des Werkarbeiters und Stellendehlers Wilhelm Klitz (neues Dorf) ein und legte das Wohnhaus in kurzer Zeit in Asche. Der 80-jährige Vater des Verstorbenen wurde brennend aus dem Hause getragen. Ein Kugel wurde vom Blei betäubt und mußte getötet werden. Der Blei war eine iondbare Erbscheinung. Erst entstand ein schweres Säusen in der Brust, dann folgte ein Knall, als wenn eine Granate platzt und dann kam erst der Donner. In diesem Augenblick stand aber das Haus auch schon in Flammen.

Wittgenau, 26. Juni. Im Kirchturn erhängt. Auf eigenartige Weise hat der Baumeister Schöne aus Nebelich Selbstmord verübt. Er wurde schon 1/2 Jahre vermisst und ist jetzt auf dem Turme der katholischen Kirche, etwa 7 Meter über den Boden im Gebälk erhängt aufgefunden worden. Die Kirche wird nun neu eingeweiht werden müssen.

Wosen, 26. Juni. Verplantes Eisenbahnattentat. In der Nähe von Wollka wurden auf die Eisenbahnschienen an verschiedenen Stellen mehrere Festbolme gelegt. Ein Unglück wurde nicht angerichtet, da die Lokomotive einen Stein zertrümmerte, einen anderen zur Seite hob und die übrigen in der Luft beim Durchgange zerstreute. Die Festbolmen wurden unter dem Verdacht der Landwehr verhaftet.

Hohenfalsa, 26. Juni. Tierschinder. Was hienge Schöffengericht verurteilte den Landwirt Kretschmann aus Seedorf bei Hohenfalsa wegen böshafter Tierquälerei zu sechs Wochen Gefängnis. Der Angeklagte hatte im Februar d. J. auf dem Landwiese nach Dornen sein kleines Pferd, das so schwach war, daß es auf der Landstraße zusammengebrochen war, in unmenschlicher Weise mit einer Waagenrunde am Kopf und Kreuz geschlagen. Obgleich das arme Tier am Vormittag des betreffenden Tages zum Ausfliehen nicht mehr zu bewegen war, hat K. es am Nachmittag doch wieder angespannt und die Tierquälerei fortgesetzt.

Buzia (Posen), 26. Juni. Im 20. Jahrhundert! In der verflochtenen Johannisnacht haben zwei Angehörige einer vor drei Jahren verstorbenen und auf dem hiesigen katholischen Kirchhof begrabenen Frau zwei Arbeiter gedungen, um die betreffende Frau auszugraben, zu enthaupen und den Kopf zu Füßen zu legen, in dem Ueberglauen, dadurch der Sterblichkeit in der Familie zu steuern. Der Totengräber fand morgens das offene Grab. Jede Bemerkung hierzu ist wirklich überflüssig.

Kosmar (Prowitz Posen), 25. Juni. Die Leiche im Brunnen. In Jankendorf brannten in Abwesenheit des Eigentümers der Stall und die Scheune des Bauerngutsbestitzer Richter nieder. Der 13-jährige Sohn Richters wurde während der Löscharbeiten als Leiche im Brunnen gefunden. Man nimmt zunächst an, daß der Knabe vor dem Brandstifter im Brunnen ertränkt worden ist.

Parteiangelegenheiten.

Das Zeichenbegründnis des Genossen Raben gestaltete sich zu einer machtvollen Demonstration der Dresdener Arbeiterschaft. Dem Sarge voran marschierten in langem Zuge die Genossen des vierten Kreises, dessen Vertreter der Verstorbene 15 Jahre hindurch gewesen. Dem Sarge folgten zunächst die Angehörigen, dann der Vertreter des Parteivorstandes, der sächsischen Parteilinstanzen, der Reichstags- und Landtagsfraktionen, endlich die Deputationen aus dem Lande. Ihnen schlossen sich die beiden anderen Dresdener Kreise an. Nach fast zweistündigem Marsche erreichte der Zug das prächtige Krematorium. Am Sarge sprachen Landtagsabgeordneter Wirth für den vierten Kreis, Landtagsabgeordneter Schulze-Rossebaude für den Landesvorstand, Reichstagsabgeordneter Molkenbühr für den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, Reichstagsabgeordneter Voel für die Kontrollkommission und endlich Hg. Gradnauer. Unter den prächtigen Klängen der Orgel und dem leise hereindringenden Gesang einer gewaltigen Sängerschule senkte sich der Sarg in die Tiefe.

Neueste Nachrichten.

Die Getreideexplosion.

40 Tote, 60 Verletzte.

Monte Carlo, 26. Juni. In dem Brande der umfangreichen Mühlenanlagen in Buffalo wird auch ein Wunder vollbracht. Das Feuer brach infolge einer Explosion aus. Die Explosion war so heftig, daß ein großer Teil der Mäulichtleiten zerstört wurde. Ein Feiger eines vorbeifahrenden Zuges wurde durch herausgeschleuderte Gegenstände getötet. Die Zahl der Toten wird nach den letzten Meldungen auf 40 angegeben. 60 Personen sind verwundet, davon 20 sehr schwer. Der Materialschaden ist ein ganz bedeutender und man schätzt ihn schon jetzt auf mindestens fünf Millionen Dollar.

Großer Wahlsieg in Holland.

Amsterdam, 26. Juni. Bei den Stichwahlen für die zweite Kammer wurde gewählt: 1 Katholik, 1 Antirevolutionär, 2 Christlich-Historische, 2 Liberale, 5 Demokraten, 17 Sozialisten. Die neue Kammer besteht aus 45 Mitgliedern der Rechten, und zwar 23 Katholiken, 11 Antirevolutionären, 9 Christlich-Historischen, und aus 55 Mitgliedern der Linken, und zwar 30 Liberale, 7 Demokraten und 18 Sozialisten. — Der sozialdemokratische Gewinn beträgt sieben Mandate.

Bestige Zusammenstöße.

Belgrad, 26. Juni. Aus Uestlab angefangenen Depeschen zufolge sind bei Platomo und Rattawat heftige Zusammenstöße zwischen den bulgarischen und den serbischen regulären Truppen vorgekommen, die viele Opfer gefordert haben sollen. Die bulgarischen regulären Truppen wollten über den Fluß gehen, wurden aber von dem serbischen Militär daran gehindert. Es entband nun ein heftiges Gewehrfeuer, das lange anhält. Spätere Meldungen besagen, daß an dem Kampfe sich auch die beiderseitige Artillerie beteiligt habe. Von der genauen Anzahl der Getöteten und Verwundeten wird bis zur Zeit noch nichts bestimmtes gemeldet.

Verurteilter Spion.

London, 26. Juni. Der deutsche Zahnarzt Wilhelm Klare wurde gestern wegen Spionage von dem Schwurgericht in Winchester zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Wie erinnerlich, war Klare angeklagt, sich in Portsmouth ein Geheimbuch über englische Unterseeboote verschafft zu haben, um es dann nach Berlin an das deutsche Reichsmarinamt zu schicken.

Gewissenhaft gebuchte Verräterei.

Wrag, 26. Juni. Bei einer neuerlichen Durchsicherung in den Räumen der Kriminalwache des Generalstabschefs Redl fand man ein seit längerem Jahren überst genau geführtes Tagebuch, in welchem Redl seine umfangreichen Spionagegeschäfte genau registrierte. Aus dem Tagebuche war zu ersehen, daß der Verräter Redl detaillierte Kostenübersichten über verschiedene sehr wichtige militärische Einrichtungen, ferner Bitten über die Stärken einzelner militärischer Abteilungen in Galizien, sowie endlich die Zahl der Züge aller nach Galizien führenden Eisenbahnen, die Namen und die Zahl der Verpflegungstruppen in Galizien an Rußland für große Geldsummen vertragen hatte.

Organ die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 26. Juni. Gestern Abend fand im Saale Bagram eine große Versammlung gegen die dreijährige Dienstzeit statt, an der über dreitausend Personen teilnahmen. Auch einige Generale waren erschienen und hatten ihre Namen dazu hergegeben. Drei Generale waren anwesend. Die Redner wiesen besonders darauf hin, daß auch militärische Autoritäten gegen die Einführung einer dreijährigen Dienstzeit in der französischen Armee waren. General Percin sagte aus, daß die Soldaten im dritten Dienstjahre im allgemeinen schlechte und unbenutzbare Soldaten seien. Wenn sie keine Chaggen haben, wollen sie alle abkommandiert werden, denn sie langweilen sich. Es sei nicht immer die Zahl, welche die Stärke einer Armee ausmache, es müsse auch die Moral der einzelnen Soldaten allseitig werden. Ein unerwarteter Einspruch von Seiten Deutschlands hat der genannte General für unmöglich, da eine Mobilisierung in den angrenzenden Ländern nicht geheim durchgeführt werden kann.

Die Ursachen der Massenerkrankungen.

Donau, 26. Juni. Ueber die Ursachen der Massenerkrankungen der Soldaten des Infanterie-Regimentes Nr. 78 in Donauville verläutet sich, daß es sich auf Grund der Analysen des für die Soldaten bestimmten Kaffeewassers um Bleivergiftung handeln soll.

Schweres Eisenbahnunglück.

Ottawa, 26. Juni. Bei einem Eisenbahnunglück in der Nähe von Ottawa in dem Staat Kanada wurden fünfzehn Personen getötet und über zwanzig Personen meist schwer verletzt. Auch der angerichtete Materialschaden ist ein ganz bedeutender.

Vom Balkan.

London, 23. Juni. Der „Daily-Telegraph“ meldet aus Sofia angeblich aus sicherer Quelle, daß am letzten Sonnabend aus Sofia die Kriegserklärungen gegen Serbien und Griechenland bereits gedruckt wurden. Nur dem energischen Einschreiten des französischen und des russischen Gesandten sei es gelungen, die serbische Regierung vorläufig von einer Veröffentlichung der Kriegserklärung abzuhalten. Dagegen soll Serbien, den letzten Informationen zufolge, seine Kriegsvorbereitungen gänzlich eingestellt haben.

Briefkasten.

Spezialnummern der Redaktion: Donnerstags nur b. 12—1 Uhr Mittags.

S. R., 17. Das dürfen Sie nicht. Wenn der bestellte Anzug nicht paßt, muß er auf Ihre Verlangen passend gemacht werden; aber die Anzughung fahren zu lassen und den Anzug ohne weiteres nicht abzunehmen, das geht nicht. Sie laufen dabei Gefahr, verlegt und verurteilt zu werden, was mit bedeutenden Kosten verbunden ist. Also versuchen Sie, sich zu einigen.

E. L., Weihen. Der Betrag ist 8 Mark.

S., Esfel. Sie brauchen einen Auslandspaß, den Sie durch den Amtsvorsteher erhalten.

Ne. 11 224. An die Verwaltung der städtischen Straßenbahn in Breslau II, Lohestrabe.

H., Alfenstraße. Das läßt sich im Briefkasten nicht recht beantworten. Kommen Sie in unsere Sprechstunde oder gehen Sie ins Arbeiter-Sekretariat, Margaretenstraße 17.

Breslauer Schlachthaus. Amtlicher Bericht über den Hauptfleischmarkt am 26. Juni 1912. Der Rindfleisch betrug: 1708 Rinder, 2294 Schweine, 1247 Kälber, 224 Schafe. Hierzu Ueberstand vom vorigen Markt: 2 Rinder, 19 Schweine, 2 Kälber, 25 Schafe.

Es wurden geschlachtet für 60 Allogramm:

	Belebungs-Gewicht:	Schlacht-Gewicht:
I. Rinder. A. Ochsen:		
Vollfleischige, ausgewählte Ochsen höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungezogen)	48—50	84—88
Vollfleischige, ausgewählte, im Alter von 4 bis 7 Jahren Junge, fleischig, nicht ausgewählte u. ältere ausgewählte Mäßig genährte Junge, gut genährte ältere	42—44	78—81
B. Kühe:		
Vollfleischige, ausgewählte Kühe höchsten Schlachtwerts	47—49	81—83
Vollfleischige jüngere, Mäßig genährte Junge, gut genährte ältere	42—44	76—80
C. Rinder und Kälber:		
Vollfleischige, ausgewählte Rinder höchsten Schlachtwerts Vollfleischige, ausgewählte Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren	46—47	81—82
Ältere ausgewählte Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Rinder	41—43	76—80
Mäßig genährte Kühe und Rinder	36—40	72—80
Mäßig genährte Kühe und Rinder	28—31	62—69
Mäßig genährte Kühe und Rinder	bis 23	bis 28
D. Geringschweres Jungvieh:		
II. Kälber:		
Doppelreife fetter Mann	—	—
Reife Mähler (aus Norddeutschland)	—	—
Mittlere Maß- und beste Saugfüßer	53—55	91—97
Geringere Maß- und gute Saugfüßer	48—50	86—88
Geringschwerer	42—45	84—90
III. Schafe. A. Stadtschafe:		
Maßstämmige und längere Maßstämme	49—50	98—100
Kleiner Maßstämme, geringere Maßstämme und gut genährte junge Schafe	41—43	89—93
Mäßig genährte Hammel und Schafe (Wergschafe)	28—31	56—62
B. Weidenschafe:		
Maßstämmige	—	—
Geringere Maßstämme und Schafe	—	—
IV. Schweine:		
Vollfleischige Schweine über 120 bis 150 Kilogr. (240 bis 300 Pfund) Lebendgewicht	50—52	63—65
Vollfleischige Schweine über 100 bis 120 Kilogr. (200 bis 240 Pfund) Lebendgewicht	48—50	62—65
Vollfleischige Schweine über 80 bis 100 Kilogr. (160 bis 200 Pfund) Lebendgewicht	47—49	61—64
Vollfleischige Schweine bis 60 Kilogr. (120 Pfund) Lebendgewicht	46—47	60—61
Sauer und gefüllte Eber	44—47	57—61
Vollfleischige über 100 Kilogr. (200 Pfund) Lebendgewicht	50—52	61—63
Geschäfts- und Mittelmaßige, Schweine und Kälber langlam.		
Kühe nach Oberdeutschland: 47 Rinder, 288 Schweine, 24 Kälber, 8 Schafe nach Mittel- und Niederdeutschland: 27 Rinder, 56 Schweine, nach England: 68 Rinder, 19 Schweine, 20 Schafe, nach Norddeutschland: 34 Rinder, 154 Schweine. Ueberstand vom anderen Markt: 8 Rinder, 20 Schweine, Ueberstand verbleiben: 28 Rinder, 101 Schweine, 25 Schafe.		
Von den Schweinen wurden verkauft: 14 Stück zu 24, 52 zu 25, 804 zu 26, 817 zu 27, 823 zu 28, 422 zu 29, 114 zu 30, 66 zu 31, 22 zu 32, 4 zu 33, 7 zu 34, 5 zu 35, 1 zu 36, 1 zu 37, 1 zu 38, 1 zu 39, 1 zu 40, 1 zu 41, 1 zu 42, 1 zu 43, 1 zu 44, 1 zu 45, 1 zu 46, 1 zu 47, 1 zu 48, 1 zu 49, 1 zu 50, 1 zu 51, 1 zu 52, 1 zu 53, 1 zu 54, 1 zu 55, 1 zu 56, 1 zu 57, 1 zu 58, 1 zu 59, 1 zu 60, 1 zu 61, 1 zu 62, 1 zu 63, 1 zu 64, 1 zu 65, 1 zu 66, 1 zu 67, 1 zu 68, 1 zu 69, 1 zu 70, 1 zu 71, 1 zu 72, 1 zu 73, 1 zu 74, 1 zu 75, 1 zu 76, 1 zu 77, 1 zu 78, 1 zu 79, 1 zu 80, 1 zu 81, 1 zu 82, 1 zu 83, 1 zu 84, 1 zu 85, 1 zu 86, 1 zu 87, 1 zu 88, 1 zu 89, 1 zu 90, 1 zu 91, 1 zu 92, 1 zu 93, 1 zu 94, 1 zu 95, 1 zu 96, 1 zu 97, 1 zu 98, 1 zu 99, 1 zu 100, 1 zu 101, 1 zu 102, 1 zu 103, 1 zu 104, 1 zu 105, 1 zu 106, 1 zu 107, 1 zu 108, 1 zu 109, 1 zu 110, 1 zu 111, 1 zu 112, 1 zu 113, 1 zu 114, 1 zu 115, 1 zu 116, 1 zu 117, 1 zu 118, 1 zu 119, 1 zu 120, 1 zu 121, 1 zu 122, 1 zu 123, 1 zu 124, 1 zu 125, 1 zu 126, 1 zu 127, 1 zu 128, 1 zu 129, 1 zu 130, 1 zu 131, 1 zu 132, 1 zu 133, 1 zu 134, 1 zu 135, 1 zu 136, 1 zu 137, 1 zu 138, 1 zu 139, 1 zu 140, 1 zu 141, 1 zu 142, 1 zu 143, 1 zu 144, 1 zu 145, 1 zu 146, 1 zu 147, 1 zu 148, 1 zu 149, 1 zu 150, 1 zu 151, 1 zu 152, 1 zu 153, 1 zu 154, 1 zu 155, 1 zu 156, 1 zu 157, 1 zu 158, 1 zu 159, 1 zu 160, 1 zu 161, 1 zu 162, 1 zu 163, 1 zu 164, 1 zu 165, 1 zu 166, 1 zu 167, 1 zu 168, 1 zu 169, 1 zu 170, 1 zu 171, 1 zu 172, 1 zu 173, 1 zu 174, 1 zu 175, 1 zu 176, 1 zu 177, 1 zu 178, 1 zu 179, 1 zu 180, 1 zu 181, 1 zu 182, 1 zu 183, 1 zu 184, 1 zu 185, 1 zu 186, 1 zu 187, 1 zu 188, 1 zu 189, 1 zu 190, 1 zu 191, 1 zu 192, 1 zu 193, 1 zu 194, 1 zu 195, 1 zu 196, 1 zu 197, 1 zu 198, 1 zu 199, 1 zu 200, 1 zu 201, 1 zu 202, 1 zu 203, 1 zu 204, 1 zu 205, 1 zu 206, 1 zu 207, 1 zu 208, 1 zu 209, 1 zu 210, 1 zu 211, 1 zu 212, 1 zu 213, 1 zu 214, 1 zu 215, 1 zu 216, 1 zu 217, 1 zu 218, 1 zu 219, 1 zu 220, 1 zu 221, 1 zu 222, 1 zu 223, 1 zu 224, 1 zu 225, 1 zu 226, 1 zu 227, 1 zu 228, 1 zu 229, 1 zu 230, 1 zu 231, 1 zu 232, 1 zu 233, 1 zu 234, 1 zu 235, 1 zu 236, 1 zu 237, 1 zu 238, 1 zu 239, 1 zu 240, 1 zu 241, 1 zu 242, 1 zu 243, 1 zu 244, 1 zu 245, 1 zu 246, 1 zu 247, 1 zu 248, 1 zu 249, 1 zu 250, 1 zu 251, 1 zu 252, 1 zu 253, 1 zu 254, 1 zu 255, 1 zu 256, 1 zu 257, 1 zu 258, 1 zu 259, 1 zu 260, 1 zu 261, 1 zu 262, 1 zu 263, 1 zu 264, 1 zu 265, 1 zu 266, 1 zu 267, 1 zu 268, 1 zu 269, 1 zu 270, 1 zu 271, 1 zu 272, 1 zu 273, 1 zu 274, 1 zu 275, 1 zu 276, 1 zu 277, 1 zu 278, 1 zu 279, 1 zu 280, 1 zu 281, 1 zu 282, 1 zu 283, 1 zu 284, 1 zu 285, 1 zu 286, 1 zu 287, 1 zu 288, 1 zu 289, 1 zu 290, 1 zu 291, 1 zu 292, 1 zu 293, 1 zu 294, 1 zu 295, 1 zu 296, 1 zu 297, 1 zu 298, 1 zu 299, 1 zu 300, 1 zu 301, 1 zu 302, 1 zu 303, 1 zu 304, 1 zu 305, 1 zu 306, 1 zu 307, 1 zu 308, 1 zu 309, 1 zu 310, 1 zu 311, 1 zu 312, 1 zu 313, 1 zu 314, 1 zu 315, 1 zu 316, 1 zu 317, 1 zu 318, 1 zu 319, 1 zu 320, 1 zu 321, 1 zu 322, 1 zu 323, 1 zu 324, 1 zu 325, 1 zu 326, 1 zu 327, 1 zu 328, 1 zu 329, 1 zu 330, 1 zu 331, 1 zu 332, 1 zu 333, 1 zu 334, 1 zu 335, 1 zu 336, 1 zu 337, 1 zu 338, 1 zu 339, 1 zu 340, 1 zu 341, 1 zu 342, 1 zu 343, 1 zu 344, 1 zu 345, 1 zu 346, 1 zu 347, 1 zu 348, 1 zu 349, 1 zu 350, 1 zu 351, 1 zu 352, 1 zu 353, 1 zu 354, 1 zu 355, 1 zu 356, 1 zu 357, 1 zu 358, 1 zu 359, 1 zu 360, 1 zu 361, 1 zu 362, 1 zu 363, 1 zu 364, 1 zu 365, 1 zu 366, 1 zu 367, 1 zu 368, 1 zu 369, 1 zu 370, 1 zu 371, 1 zu 372, 1 zu 373, 1 zu 374, 1 zu 375, 1 zu 376, 1 zu 377, 1 zu 378, 1 zu 379, 1 zu 380, 1 zu 381, 1 zu 382, 1 zu 383, 1 zu 384, 1 zu 385, 1 zu 386, 1 zu 387, 1 zu 388, 1 zu 389, 1 zu 390, 1 zu 391, 1 zu 392, 1 zu 393, 1 zu 394, 1 zu 395, 1 zu 396, 1 zu 397, 1 zu 398, 1 zu 399, 1 zu 400, 1 zu 401, 1 zu 402, 1 zu 403, 1 zu 404, 1 zu 405, 1 zu 406, 1 zu 407, 1 zu 408, 1 zu 409, 1 zu 410, 1 zu 411, 1 zu 412, 1 zu 413, 1 zu 414, 1 zu 415, 1 zu 416, 1 zu 417, 1 zu 418, 1 zu 419, 1 zu 420, 1 zu 421, 1 zu 422, 1 zu 423, 1 zu 424, 1 zu 425, 1 zu 426, 1 zu 427, 1 zu 428, 1 zu 429, 1 zu 430, 1 zu 431, 1 zu 432, 1 zu 433, 1 zu 434, 1 zu 435, 1 zu 436, 1 zu 437, 1 zu 438, 1 zu 439, 1 zu 440, 1 zu 441, 1 zu 442, 1 zu 443, 1 zu 444, 1 zu 445, 1 zu 446, 1 zu 447, 1 zu 448, 1 zu 449, 1 zu 450, 1 zu 451, 1 zu 452, 1 zu 453, 1 zu 454, 1 zu 455, 1 zu 456, 1 zu 457, 1 zu 458, 1 zu 459, 1 zu 460, 1 zu 461, 1 zu 462, 1 zu 463, 1 zu 464, 1 zu 465, 1 zu 466, 1 zu 467, 1 zu 468, 1 zu 469, 1 zu 470, 1 zu 471, 1 zu 472, 1 zu 473, 1 zu 474, 1 zu 475, 1 zu 476, 1 zu 477, 1 zu 478, 1 zu 479, 1 zu 480, 1 zu 481, 1 zu 482, 1 zu 483, 1 zu 484, 1 zu 485, 1 zu 486, 1 zu 487, 1 zu 488, 1 zu 489, 1 zu 490, 1 zu 491, 1 zu 492, 1 zu 493, 1 zu 494, 1 zu 495, 1 zu 496, 1 zu 497, 1 zu 498, 1 zu 499, 1 zu 500, 1 zu 501, 1 zu 502, 1 zu 503, 1 zu 504, 1 zu 505, 1 zu 506, 1 zu 507, 1 zu 508, 1 zu 509, 1 zu 510, 1 zu 511, 1 zu 512, 1 zu 513, 1 zu 514, 1 zu 515, 1 zu 516, 1 zu 517, 1 zu 518, 1 zu 519, 1 zu 520, 1 zu 521, 1 zu 522, 1 zu 523, 1 zu 524, 1 zu 525, 1 zu 526, 1 zu 527, 1 zu 528, 1 zu 529, 1 zu 530, 1 zu 531, 1 zu 532, 1 zu 533, 1 zu 534, 1 zu 535, 1 zu 536, 1 zu 537, 1 zu 538, 1 zu 539, 1 zu 540, 1 zu 541, 1 zu 542, 1 zu 543, 1 zu 544, 1 zu 545, 1 zu 546, 1 zu 547, 1 zu 548, 1 zu 549, 1 zu 550, 1 zu 551, 1 zu 552, 1 zu 553, 1 zu 554, 1 zu 555, 1 zu 556, 1 zu 557, 1 zu 558, 1 zu 559, 1 zu 560, 1 zu 561, 1 zu 562, 1 zu 563, 1 zu 564, 1 zu 565, 1 zu 566, 1 zu 567, 1 zu 568, 1 zu 569, 1 zu 570, 1 zu 571, 1 zu 572, 1 zu 573, 1 zu 574, 1 zu 575, 1 zu 576, 1 zu 577, 1 zu 578, 1 zu 579, 1 zu 580, 1 zu 581, 1 zu 582, 1 zu 583, 1 zu 584, 1 zu 585, 1 zu 586, 1 zu 587, 1 zu 588, 1 zu 589, 1 zu 590, 1 zu 591, 1 zu 592, 1 zu 593, 1 zu 594, 1 zu 595, 1 zu 596, 1 zu 597, 1 zu 598, 1 zu 599, 1 zu 600, 1 zu 601, 1 zu 602, 1 zu 603, 1 zu 604, 1 zu 605, 1 zu 606, 1 zu 607, 1 zu 608, 1 zu 609, 1 zu 610, 1 zu 611, 1 zu 612, 1 zu 613, 1 zu 614, 1 zu 615, 1 zu 616, 1 zu 617, 1 zu 618, 1 zu 619, 1 zu 620, 1 zu 621, 1 zu 622, 1 zu 623, 1 zu 624, 1 zu 625, 1 zu 626, 1 zu 627, 1 zu 628, 1 zu 629, 1 zu 630, 1 zu 631, 1 zu 632, 1 zu 633, 1 zu 634, 1 zu 635, 1 zu 636, 1 zu 637, 1 zu 638, 1 zu 639, 1 zu 640, 1 zu 641, 1 zu 642, 1 zu 643, 1 zu 644, 1 zu 645, 1 zu 646, 1 zu 647, 1 zu 648, 1 zu 649, 1 zu 650, 1 zu 651, 1 zu 652, 1 zu 653, 1 zu 654, 1 zu 655, 1 zu 656, 1 zu 657, 1 zu 658, 1 zu 659, 1 zu 660, 1 zu 661, 1 zu 662, 1 zu 663,		

Genet, 25. Juni. Eine Lebensmüde. Denstar nachmittags vernahmten Spaziergänger im Schießverder lautes Wehklagen, das aus den vor den Bedürfnisanstalten befindlichen Postkasten drang. Man fand dort ein etwa 17jähriges Mädchen, das sich in Schmerzen am Erdboden wand. Es hatte in selbstmörderischer Absicht eine flache Lysol ausgetrunken und schwere innerliche Verbrennungen davongetragen. Es handelt sich um das in Peterwitz in Stellung befindliche Dienstmädchen Martha Genet, das früher in der Fürsorgeanstalt zu Groß-Nosen untergebracht war. Es hat die Tat begangen, weil es durch schlechte Behandlung zur Verzweiflung getrieben wurde. Das letztere ist natürlich wieder nicht wahr.

Wausen, 25. Juni. Warnung. Durch Genus un-reifen Obstes starben im nahen Niehmen zwei Kinder des Leichwärters Steiner.

Siechberg, 26. Juni. Der Mord von Langhel-wigsdorf vor dem Schwurgericht. Mittwoch begann vor dem hiesigen Schwurgericht die Verhandlung gegen den Dolmetscher Adolf Meichner aus Königswalde, Kreis Neustadt, der beschuldigt ist, in der Nacht zum 16. November v. J. die 76jährige Witwe Dreher in Langhelwigsdorf, Kreis Volkshagen, ermordet und bei dieser Gelegenheit auch einen schweren Diebstahl verübt zu haben. Meichner ist wegen einer räuberischen Erpressung, die er am 20. November v. J. in Seifershan, Kreis Fürstberg, begangen hat, am 12. April vom hiesigen Schwurgericht zu 7 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt worden. Den Mord befreit der Angeklagte mit aller Entschiedenheit. Die Beweise stützen sich in der Hauptsache am ersten Verhandlungstage auf Indizien. Für die Verhandlung sind zwei Tage in Aussicht genommen, sodas Donnerstag das Urteil erfolgen kann.

Riegenhals, 23. Juni. Aus der Partei. Die am Sonnabend stattgefundene Mitgliederversammlung des Wahlvereins war nur mäßig besucht. Nach der Wahl zweier Beisitzer zum Vorstande wurde der Bericht über die „Volks-macht“ gewürdigt. Eine Genossin, die längere Jahre in Russland gelebt hat, hielt hierauf einen längeren Vortrag über ihre Erlebnisse im Lande der Knute. Aus ihrem interessanten Vortrage war zu entnehmen die Tatsache, daß auf der einen Seite das Volk durch Knute und Religion niedergebunden wird, während auf der anderen Seite die Schergen und Spitzhüben ihr gemeines Spiel mit dem Volke treiben. Der Vortrag fand Beifall.

Neustadt OS., 23. Juni. Die Stadtpäter erledigten in ihrer letzten Sitzung zunächst einige kleinere Vorlagen: Kirchenverpachtung, 1600 Mk. Ruhegehalt für den Revierförster Kahen, der Verkauf des Förstereigentums in Wildgrund an den Bäckermeister Solta für 4200 Mk., Vergebung von Klempnerarbeiten am Inspektionsgebäude des Krankenhauses, Lieferung von Granitsteinen und Steinplatten. Für einen Vicherschrank in der städtischen Registratur werden 280 Mk. bewilligt. Bei der Festlegung der Gehälter der in städtischen Betrieben beschäftigten Meister entstand eine längere Debatte, nach der beschlossen wurde, die für dieses Jahr eintretenden Erhöhungen im Betrage von 355 Mk. außerordentlich zu bewilligen. Bei dieser Gelegenheit glaubte der Stadtv. sein seine arbeitervreundliche Gesinnung noch besonders durch die Worte: „Sie mögen machen was Sie wollen, Zufriedenheit wird hoch nicht erreicht!“ zum Ausdruck zu bringen. Das sieht Herrn Pein als ehemaligen Klempnermeister, der mit viel Lehrlingen arbeitete, sehr ähnlich. Beschlossen wurde nach langer Debatte der Umbau des ehemaligen Richter'schen Grundstückes. Die Kosten in Höhe von 8250 Mk. werden aus dem Betriebsgelderfonds eintommen. Nach Erledigung einiger unwesentlicher Vorlagen wurde die Versammlung der Stadtpäter geschlossen.

Neustadt OS., 24. Juni. Kreis Konferenz. Am Sonntag tagte im Generalschloße die zweite Kreis Konferenz des Wahlkreises Neustadt OS. Vertreter waren Neustadt OS. mit 5 Delegierten (darunter zwei Genossinnen), Wiese, Langenbrück, Schmelke, Steinar, Bresnig, Ernestineberg und Deutsch-Raffelwitz hatten je einen Vertreter entsandt. Aus verschiedenen Gründen konnten die Vertreter mehrerer Ortschaften persönlich an der Konferenz nicht teilnehmen. Die Tagesordnung lautete: 1. Geschäfts- und Kasienbericht des Kreisvorstandes für 1912/13, 2. Agitation und Organisation und 3. Anträge und Verschiedenes. Den ersten Punkt erledigte Genosse Kluger. Hierbei ist bemerkenswert, daß insgesamt 126.000 Flugblätter und Broschüren nur von einem kleinen Kreis von Genossen verbreitet wurden. Landboten wurden 15.000 und sonstige Broschüren 7000 verteilt. Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung referierte Genosse Scholich-Strasau. An der Diskussion über beide Punkte beteiligten sich die Vertrauensleute der Landorte recht lebhaft. Besonders die Anregung des Genossen Scholich, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht möglich wäre, für Neustadt OS. irgend etwas zu schaffen und den Verdrehungen und Verleumdungen des Zentrums besser entgegenzuwirken, fand ungeteilten Beifall. Betruschka-Raffelwitz führte Klage über das mangelnde Interesse, das die dortigen Bauarbeiter den politischen Bestrebungen entgegenbringen. Dies sei auf verschiedene bekannte Einflüsse zurückzuführen. Christ-Neustadt legte in trefflichen Ausführungen die Schwierigkeiten dar, die sich der Agitation auf dem Lande entgegenstellen. Wenn Neustadt beifürwortet, im Landboten eine Anstalt zu schaffen, unter der die Zentrumschwandelen zurückgerufen werden. Noch manch andere anerkenntswürdige Anregung kam aus dem Kreise der Delegierten heraus, auf die Genosse Scholich in seinem Schlusswort noch näher einging. Ein Antrag, alljährlich mindestens eine Kreis Konferenz abzuhalten, erlangte zur Annahme. Ein stimmungsvolles Lied wurde zur Eröffnung wie zum Schluß vom hiesigen Gesangsverein vorgelesen. Mit neuem Mut befeelt und in großer Zuversicht des Erfolges, der auch in der schwärzesten Zentrumsdomäne, wenn auch langsam, aber unläugbar intensiver Arbeit folgt, schieden die Delegierten von einander.

Guben, 26. Juni. Vom hiesigen Schwurgericht wurde die 19 Jahre alte Näherin Maria Noak wegen Ermordung ihres neugeborenen Kindes unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu 3 Jahren 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte hatte ihr Kind gleich nach der Geburt durch 13 Stiche in den Kopf vorläufig getötet.

Rohnau, 26. Juni. Unglücksfall und Blutschlag. Am 23. Juni, nachmittags, erlitt ein 12 Jahre alter Sohn des Grubenarbeiters Buchheim aus Schönbach in einem kleinen Wasserloch direkt an der Straße. Im nahen Garten waren einige Leute im Feu. beschäftigt, ohne etwas zu merken. — Am 24. Juni, nachmittags 3/4 Uhr, schlug ein Kugelblitz in das Anwesen des Werkarbeiters und Stellenbesizers Wilhelm Akt (neues Dorf) ein und legte das Wohnhaus in kurzer Zeit in Asche. Der 60jährige Vater des Besitzers mußte brennend aus dem Hause getragen werden. Ein Hufe wurde vom Blitz betäubt und mußte getötet werden. Der Hufe war eine londerbare Erscheinung. Erst entstand ein schweres Säufen in der Luft, dann folgte ein Knall, als wenn eine Granate platzt und dann kam erst der Donner. In diesem Augenblick stand aber das Haus schon in Flammen.

Wittgenau, 26. Juni. Im Direktorium erhängt. Auf eigenartige Weise hat der Baumeister Schöne aus Nebelich Selbstmord verübt. Er wurde schon 1/2 Jahre vor-mittags und ist jetzt auf dem Turme der katholischen Kirche etwa 7 Meter über den Boden im Gebälk erhängt aufgefunden worden. — Die Kirche wird nun neu eingeweiht werden müssen.

Posen, 26. Juni. Geplantes Eisenbahnattentat. In der Nähe von Wöllz wurden auf die Eisenbahnschienen an verschiedenen Stellen mehrere Feldmine gelegt. Obgleich diese nicht angezündet, da die Lokomotive einen Schutzmechanismus, einen anderen für Seite links und die anderen für Seite rechts dann durch einen besonderen Vorrichtung wurden unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftet.

Bohensdorf, 26. Juni. Tierstinder. Das hiesige Schöffengericht verurteilte den Landwirt Kretschmann aus Seedorf wegen vorsätzlicher Tierquälerei zu sechs Wochen Gefängnis. Der Angeklagte hatte im Februar d. J. auf dem Landwege nach Pommeln sein eigenes Pferd, das so schwach war, daß es auf der Landstraße zusammengebrochen war, in unmenschlicher Weise mit einer Wagenrunde am Kopf und Kreuz geschlagen. Obgleich das arme Tier am Vormittag des betreffenden Tages zum Aufstehen nicht mehr zu bewegen war, hat K. es am Nachmittag doch wieder angepöckelt und die Tierquälerei fortgesetzt.

Bußig (Posen), 26. Juni. Im 20. Jahrhundert! In der verflochtenen Johannisnacht haben zwei Angehörige einer vor drei Jahren verstorbenen und auf dem hiesigen katholischen Kirchhof begrabenen Frau zwei Arbeiter gedungen, um die betreffende Frau auszugraben, zu enthaupen und den Kopf zu Füßen zu legen, in dem Berglauben, dadurch der Sterblichkeit in der Familie zu steuern. Der Leichengräber fand morgens das offene Grab. — Jede Bemerkung hierzu ist wirklich überflüssig.

Kolmar (Provinz Posen), 25. Juni. Die Leiche im Brunnen. In Jantendorf brannten in Abwesenheit des Eigentümers der Stall und die Scheune des Bauerngutsbesizers Richter nieder. Der 13jährige Sohn Richters wurde während der Löscharbeiten als Leiche im Brunnen gefunden. Man nimmt zunächst an, daß der Knabe vom Brandstifter im Brunnen ertränkt worden ist.

Parteiangelegenheiten.

Das Zeichenbegründung des Genossen haben gestaltete sich zu einer machtvollen Demonstration der Dresdener Arbeiter-schaft. Dem Sarge voran marschierten in langem Zuge die Genossen des vierten Kreises, dessen Vertreter der Verstorbenen 15 Jahre hindurch gewesen. Dem Sarge folgten zunächst die Angehörigen, dann der Vertreter des Parteivorstandes, der sächsischen Parteinstangen, der Reichstags- und Landtagsfraktionen, endlich die Deputationen aus dem Lande. Ihnen schlossen sich die heiben anderen Dresdener Kreise an. Nach fast zweifündigem Marsche erreichte der Zug das prächtige Krematorium. Am Sarge sprachen Landtagsabgeordneter Wirth für den vierten Kreis, Landtagsabgeordneter Schulze-Kossebaude für den Parteivorstand, Reichstagsabgeordneter Molkenbühr für den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, Reichstagsabgeordneter Voß für die Kontrollkommission und endlich Abg. Gradauer. Unter den prächtigen Klängen der Orgel und dem leise hereindringenden Gesang einer gewaltigen Sängerschare senkte sich der Sarg in die Tiefe.

Neueste Nachrichten.

Die Getreideexplosion.

40 Tote, 60 Verletzte.

New York, 26. Juni. In dem Brande der umfangreichen Mühlenanlagen in Buffalo wird noch gemeldet: Das Feuer brach infolge einer Explosion aus. Die Explosion war so heftig, daß ein großer Teil der Bau-lichkeiten zerstört wurde. Ein Feiler eines vorüberfahrenden Juges wurde durch herausgeschleuderte Gegenstände getötet. Die Zahl der Toten wird nach den letzten Meldungen auf 40 angegeben. 60 Personen sind verwundet, davon 20 sehr schwer. Der Materialschaden ist ein ganz bedeutender und man schätzt ihn schon jetzt auf mindestens fünf Millionen Dollar.

Großer Wahlsieg in Holland.

Amsterdam, 25. Juni. Bei den Stichwahlen für die zweite Kammer wurde gewählt: 1 Katholik, 1 Antirevolutionär, 2 Christlich-Historische, 2 Liberale, 5 Demokraten, 17 Sozialisten.

Die neue Kammer besteht aus 45 Mitgliedern der Rechten, und zwar 23 Katholiken, 11 Antirevolutionären, 9 Christlich-Historischen, und aus 35 Mitgliedern der Linken, und zwar 30 Liberale, 7 Demokraten und 18 Sozialisten. — Der sozialdemokratische Gewinn beträgt sieben Mandate.

Hestige Zusammenstöße.

Belgrad, 26. Juni. Aus Ueslöv angefangenen Depeschen zufolge sind bei Plutowo und Raitowat heftige Zusammenstöße zwischen den bulgarischen und den serbischen regulären Truppen vorgekommen, die viele Opfer gefordert haben sollen. Die bulgarischen regulären Truppen wollten über den Fluß gehen, wurden aber von dem serbischen Militär daran gehindert. Es entstand nun ein heftiges Geschrei, das lange anhält. Spätere Meldungen besagen, daß an dem Kampfe sich auch die heiberseitige Artillerie beteiligt habe. Von der genauen Anzahl der Gefallenen und Verwundeten wird bis zur Zeit noch nichts bestimmtes gemeldet.

Verurteilter Spion.

London, 26. Juni. Der deutsche Bahnarzt Wilhelm Klare wurde gestern wegen Spionage vor dem Schwurgericht in Winchester zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Wie erinnerlich, war Klare angeklagt, sich in Portsmouth ein Geheimbuch über englische Unterseeboote verschafft zu haben, um es dann nach Berlin an das deutsche Reichsmarineamt zu schicken.

Gewissenhaft gebuchte Verräterien.

Brag, 26. Juni. Bei einer neuerlichen Durchsichtung in den Räumen der Privatwohnung des Generalsstabsobersten Redl fand man ein seit längerem Jahren äußerst genau geführtes Tagebuch, in welchem Redl seine umfangreichen Spionagegeschäfte genau registrierte. Aus dem Tagebuche war zu ersehen, daß der Verräter Redl detaillierte Kostenüberschläge über verschiedene sehr wichtige militärische Einrichtungen, ferner Befehle über die Stärken einzelner militärischer Abteilungen in den Balken, sowie endlich die Zahl derzüge aller nach Galizien führenden Eisenbahnen, die Namen und die Zahl der Verpflegungsstationen in Galizien an Rußland für große Geldsummen ver-raten hatte.

Gegen die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 26. Juni. Gestern abend fand im Saale Bagram eine große Versammlung gegen die dreijährige Dienstzeit statt, an der über dreitausend Personen teilnahmen. Auch einige Generäle waren erschienen und hatten ihre Namen dazu hergegeben. Drei Generäle waren anwesend. Die Redner wiesen besonders darauf hin, daß auch militärische Autoritäten gegen die Einführung einer dreijährigen Dienstzeit in der französischen Armee waren. General Percin führte aus, daß die Soldaten im dritten Dienstjahre im allgemeinen schlechte und unbehagliche Soldaten seien. Wenn sie keine Chancen haben, wollen sie als abkommandiert werden, denn sie langweilen sich. Es sei nicht immer die Heil, welche die Stärke einer Armee ausmache, es müsse auch die Moral der einzelnen Soldaten gewahrt werden. Ein weiterer Redner sprach von einem Deutschen, der bei dem General Percin gewesen, habe eine Mitteilung in der französischen Zeitungs-gabein durchgeföhrt werden kann.

Die Ursachen der Maffenerkrankungen.

Donauville, 26. Juni. Ueber die Ursachen der Maffenerkrankungen der Soldaten des Infanterie-Regimentes Nr. 78 in Donauville verläutet jetzt, daß es sich auf Grund der Analysen des für die Soldaten bestimmten Kaffee-wassers um eine Vergiftung handeln soll.

Schweres Eisenbahnunglück.

Ottawa, 26. Juni. Bei einem Eisenbahnunglück in der Nähe von Ottawa in dem Staate Kanada wurden fünfzehn Personen getötet und über zwanzig Personen meist schwer verletzt. Auch der angerichtete Materialschaden ist ein ganz bedeutender.

Vom Balkan.

London, 21. Juni. Der „Daily-Telegraph“ meldet aus Sofia angeblich aus sicherer Quelle, daß am letzten Sonnabend aus Sofia die Kriegserklärungen gegen Serbien und Griechenland bereits gedruckt wurden. Nur dem energischen Einschreiten des französischen und des russischen Botschaften sei es gelungen, die Sofiaer Regierung vorläufig von einer Veröffentlichung der Kriegserklärungen abzuhalten. Dagegen soll Serbien, den letzten Informationen zufolge, seine Kriegsvorbereitungen gänzlich eingestellt haben.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion Donnerstags von 8-11 Uhr Abends. Schriftliche Anfragen mit unentgeltlichem Briefe. P. N. 17. Das dürfen Sie nicht. Wenn der bestellte Anzug nicht paßt, muß er auf Ihr Verlangen passend gemacht werden; aber die Anzahlung fahren zu lassen und den Anzug ohne weiteres nicht abzunehmen, das geht nicht. Sie laufen dabei Gefahr, verklagt und verurteilt zu werden, was mit bedeutenden Kosten verbunden ist. Also versuchen Sie, sich zu einigen. C. L. Weithen. Der Betrag ist 8 Mark. S. Esel. Sie brauchen einen Auslandspaß, den Sie durch den Amtsvorsteher erhalten. Nr. 11 284. In die Verwaltung der städtischen Straßenbahn in Breslau II, Lohstraße. H. Alfenstraße. Das läßt sich im Briefkasten nicht recht beantworten. Kommen Sie in unsere Sprechstunde oder gehen Sie ins Arbeiter-Sekretariat, Margaretenstraße 17.

Dresdener Schlachthofmarkt. Amtlicher Bericht über den Hauptviehmarkt am 26. Juni 1913. Der Auftrieb betrug: 1708 Rinder, 2994 Schweine, 1197 Kühe, 228 Schafe. Hierzu Uebertrieb vom vorigen Markt: 2 Rinder, 19 Schweine, 8 Kühe, 85 Schafe.

Es wurden gekauft für 20 Kilogramm:

	Lebendgewicht	Schlachtgewicht
I. Rinder. A. Ochsen:		
Vollfleischige, ausgewählte Ochsen höchsten Schlachtwertes, die noch nicht geschoren haben (ungekoppelt)	48-50	84-88
Vollfleischige, ausgewählte, im Alter von 4 bis 7 Jahren	42-44	78-81
Junge, fleischige, nicht ausgewählte u. ältere ausgewählte	34-39	68-78
Wichtig geschlehte Junge, gut geschlehte ältere	bis 35	bis 78
B. Kühe:		
Vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwertes	47-49	81-83
Vollfleischige Kühe	42-44	76-80
Wichtig geschlehte Kühe, gut geschlehte ältere	39-41	78-82
C. Kalben und Kähe:		
Vollfleischige, ausgewählte Kalben höchsten Schlachtwertes	46-47	81-82
Vollfleischige, ausgewählte Kühe höchsten Schlachtwertes, bis zu 7 Jahren	41-43	76-80
Kühe ausgewählte Kühe und wenig gut entwidelte jüngere Kühe und Kalben	36-40	72-80
Wichtig geschlehte Kühe und Kalben	28-31	62-69
Gering geschlehte Kühe und Kalben	bis 23	bis 58
D. Wenig geschlehte Jungvieh (Fresser):		
I. Rinder:		
Doppeltender feinsten Blut		
Reine Mastkalber (aus Norddeutschland)	53-56	91-97
Mittlere Mast- und beste Saugkalber	48-50	86-89
Geringere Mast- und gute Saugkalber	42-45	84-90
Geringe Saugkalber	49-50	91-100
II. Schafe. A. Stammfleischige:		
Mastlamm und jüngere Mastlamm	41-43	86-89
Kühe Mastlamm, geringere Mastlamm und gut geschlehte junge Schafe	28-31	50-62
Wichtig geschlehte Hammel und Schafe (Werschlacht)		
B. Weidenschaf:		
Mastlamm		
Geringere Mastlamm und Schafe		
IV. Schweine:		
Vollfleischige Schweine über 120 bis 150 Kilogr. (240 bis 300 Pfund) Lebendgewicht	50-52	63-65
Vollfleischige Schweine über 100 bis 120 Kilogr. (200 bis 240 Pfund) Lebendgewicht	48-50	62-65
Vollfleischige Schweine über 80 bis 100 Kilogr. (160 bis 200 Pfund) Lebendgewicht	47-49	61-64
Vollfleischige Schweine bis 60 Kilogr. (120 Pfund) Lebendgewicht	44-47	60-61
Sauen und geschlittene Eber	44-47	67-61
Festschweine über 150 Kilogr. (3 Gentner) Lebendgewicht	50-52	61-63

Geschäftszug: Mittelmäßig, Schweine und Kalber langsam. Auftrieb nach Oberdeutschland: 478 Rinder, 398 Schweine, 84 Kühe, 8 Schafe nach Mittel- und Niederdeutschland: 27 Rinder, 36 Schweine, nach Sachsen: 88 Rinder, 19 Schweine, 2 Schafe, nach Westdeutschland: 394 Rinder, 154 Schweine, Uebertrieb vom anderen Märkten: 8 Rinder, 20 Schweine, Uebertrieb verbleiben: 28 Rinder, 101 Schweine, 85 Schafe. Von den Schweinen wurden verkauft: 14 Stück zu 54, 55 zu 60, 204 zu 62, 617 zu 61, 88 zu 50, 593 zu 49, 488 zu 48, 204 zu 47, 114 zu 46, 66 zu 45, 22 zu 44, 4 zu 43, 7 zu 42, 2 zu 41, 6 zu 40, 1 zu 39, 1 zu 38, 1 zu 37.

Versammlungen und Vereine.

Donnerstag, den 26. Juni: Sozialdemokratischer Verein, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“. Freitag, den 27. Juni: Konsum- und Sparverein „Vorwärts“, abends 8 Uhr: Versammlung im „Gewerkschaftshaus“.

Aus der Geschäftswelt.

Die Kanadische Papierschau. Eine künstlerische Reproduktion dieses farbenprächtigen Gemäldes von Rudolf Hellgrewe bringt die Zigarettenfabrik M. G. Schlein & Söhne, Dresden, in hiesigen Zigarettengeschäften und an Verkehrsplätzen zur Ausstellung. Das Bild verleiht dem Besucher in die westkanadische Provinz British-Kolumbia, wo sich zwischen dem Kanadischen Küsten- und dem Felsengebirge ein hohes Tafelland (Wassfalltal) ausbreitet, das vom Fraser-Fluß durchströmt und nach ihm als Fraser-Plateau bezeichnet wird. In ungangbaren Schluchten, sogenannten Kanons, die wir auch in anderen Teilen unferer Erdoberfläche, aber nirgends so gigantisch wie in Nordamerika, finden, flößen die kanadischen Flüsse, von zahlreichen Stromschnellen zu immer neuer Höhe angetrieben, dem Stillen Ozean zu. Die Baumriesen auf dem Hüde sind Douglas-Lannen, welche oft die unglaubliche Höhe von 100 Metern und einen Durchmesser von 4 Meter erreichen. Der Zug, der loeben aus dem Tunnel herausdonnert, eilt nach Vancouver, dem Endpunkte der Kanadischen Papierschau am Stillen Ozean. Unter den Tannen schlagen die Indianer im Sommer ihre Wigwams auf und beschäftigen sich mit Fischerei. Die papptischen Flüsse mündeln geradezu von wertvollen Fischen, besonders Lachs. Ist der Fischfang gering, so bedeutet das ein Hungerjahr. Im Hebrigen lieben es die Indianer, nach Art der Naturvölker, ihre Frauen für sich arbeiten zu lassen. Darüber, ob die Masse der Wohlhüte ausreicht, aber ob sie sich behaupten wird, sind die Analysten geteilt. Die kanadische Regierung tut alles, um die Wohlhüte der Indianer zu heben. Sie unterhält etwa 300 Volksschulen und hat zur Förderung von Handel und Handwerk Fachschulen errichtet.

Kinder-Nahrung
Die Kinder erhalten
von uns
die besten
Nahrungsmittel
in
Kapseln
Kost.

Deutscher Reichstag.

169. Sitzung. Mittwoch, den 26. Juni, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.

Dritte Lesung des Staatsangehörigkeitsgesetzes.

Abg. Dr. Landsberg (Soz.): All unsere Anträge hat man abgelehnt, sogar solche, die die ablehnenden Parteien in der Kommission selbst gestellt haben. Wir wollen trotzdem, daß unsere Vorschläge das Recht der Zukunft darstellen und sind stolz darauf, keine Ploniers zu sein. Wir beantragen heute erneut, daß jeder Deutsche Staatsangehörig ist in dem Bundesstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat, zum mindesten, wenn er den Unterhaltungswohnort erworben hat; weiter, daß solche Personen ein vererbbares Recht auf Einbürgerung erhalten, die aus der Ehe eines staatenlosen Mannes mit einer deutschen Frau stammen, in Deutschland wohnen und bereit sind, im deutschen Heer zu dienen; das selbe Recht verlangen wir für Kinder von Ausländern, die in Deutschland geboren und erzogen sind und alle Pflichten eines Deutschen auf sich nehmen. Schließlich beantragen wir die Bestimmung, die den Bundesstaaten ein Einspruchsrecht gegen jede Einbürgerung in irgend einen anderen Bundesstaat gewährt, zu streichen. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Veizer hat selbst die preussische Dänenpraxis als unheilvoll und stand als bescheiden. (Hört, hört!) Wir können die Verantwortung nicht übernehmen, daß diese preussische Praxis auf das ganze Reich ausgebeutet wird. (Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück erklärt zunächst, daß nach den angestellten Ermittlungen der in der zweiten Lesung erwähnte Staatenlose aus Nordschleswig nicht wegen runder Hand begangenen Aufstandes und eines Streits mit einem Nachbarn ausgemessen worden sei, sondern wegen eines Einbruchdiebstahls bei der Tochter seines Diensthebers und wegen tödlicher Verletzung und schwerer Beschimpfung eines Polizeibeamten, was das Gericht festgestellt habe. Die sozialdemokratischen Anträge sind für die Verbündeten Regierungen unannehmbar. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Wundt (Vp.): Der Einspruch eines Bundesstaats muß doch auf Tatsachen gestützt sein; wenn die Sozialdemokraten den beruhigenden Versicherungen der Regierungen nicht glauben, so müssen sie direkt zu einer ungeheuerlichen Praxis auf (Peiterkeit bei den Soz.)

Abg. Vernstein (Soz.): Wie oft hat man erklärt, daß Einbürgerungsgesetze nicht wegen der Konfession abgelehnt worden seien — und doch ist es geschehen. Genau so viel sind die Versicherungen der Regierung wert. Wir bieten nicht die Hand zu diesem Gesetz, das auch international von schädlichster Wirkung ist. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Dr. Landsberg (Soz.): Wir verlangen Rechtsgarantien und da behauptet Dr. Wundt, wir müssten die preussische Regierung zu ungeheuerlichem Vorgehen auf! Mein teurer Freund, ich rat Dir drum, zuerst collegium logicum. (Peiterkeit b. d. Soz.)

Die Generalkommission schließt.

In der Einzelberatung betont

Abg. Dr. Quast (Soz.): Daß der Antrag, die Staatsangehörigkeit durch den Wohnsitz zu begründen, gewissermaßen eine Reichsangehörigkeit schaffen will. Sie aber wollen die Arbeiter, die insolge ihres Berufs von einem Bundesstaat in den anderen geworfen werden, politisch rechtlos machen.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

Abg. Vernstein (Soz.) begründet den Antrag betr. die Staatsangehörigkeit der von einer deutschen Mutter stammenden, in Deutschland groß gewordenen Staatenlosen.

Abg. Gausen (Däne): Der Diebstahl, von dem der Herr Staatssekretär gesprochen, liegt 15 Jahre zurück. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Betreffende ist auch nicht wegen seiner Straftaten ausgewiesen worden, sondern weil er geheiratet hat, um sein Kind zu legitimieren. (Lebh. Hört, hört!) Den Staatssekretär möchte ich fragen, warum die Verhandlungen mit Dänemark zur Beseitigung der Staatenlosenfrage nicht vorwärts kommen.

Staatssekretär Delbrück: Die Schwierigkeiten liegen in der dänischen Gesetzgebung.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

Abg. Dr. Quast (Soz.) begründet einen Antrag Abrecht, auf Streichung der Bestimmung, daß gegen eine Einbürgerung in einem Bundesstaat jeder andere Bundesstaat Widerspruch erheben kann. Dadurch soll die in Süddeutschland geübte mildere Praxis beseitigt und die preussische Praxis auf das ganze Reich ausgebeutet werden. Auch hier zeigt sich deutlich Preußen als der böse Geist Deutschlands. (Beifall b. d. Soz.)

Vizepräsident Dove erklärt diesen Ausdruck für unzulässig.

Abg. Waldstein (Vp.) bemerkt, daß das Einspruchsrecht der Bundesstaaten gegenüber der Regierungsvorlage doch durch die Kommission sehr eingeschränkt sei.

Bei der Abstimmung nimmt auch ein Teil der Freisinnigen und des Zentrums nebst den Polen und Estländern für den Antrag Abrecht, bleibt daher zunächst zweifelhaft. Der Sammelstimmungs ergibt die Ablehnung des Antrages mit 164 gegen 121 Stimmen.

Abg. Gröber (Zentr.) begründet einen Antrag des Zentrums, wonach nicht nur die Anstellung im Reichsdienst, sondern auch die im Synagogendienst die Staatsangehörigkeit begründend soll.

Staatssekretär Delbrück wendet sich gegen den Antrag. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Abg. Vernstein (Soz.) befürwortet einen Antrag Abrecht, wonach eine Deutsche durch die Eingehung einer Ehe mit einem Ausländer ihre Staatszugehörigkeit nicht verlieren soll.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen. Es soll am 1. Januar 1914 in Kraft treten. In der Gesamtabstimmung wird das Gesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und Dänen angenommen.

Abg. Zimmermann (natl.) begründet eine Resolution auf Schaffung einer Anstaltsstelle zu Einbürgerungsfragen im auswärtigen Amt. Wird einstimmig angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Abkommens zur Vereinheitlichung des Wechselrechts.

Staatssekretär des Auswärtigen n. Jagow und Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Bisco legen dar, daß das Abkommen einem Wünsche des Reichstags und jahrzehntelangen Bestrebungen der Handelswelt entspreche. Es seien 26 Staaten daran beteiligt, England und Nordamerika haben sich ausgeschlossen.

Abg. Dr. Landsberg (Soz.): Wir begrüßen die Vorlage, wie jede Annäherung der Nationen, die eine Steigerung der Kultur zur Folge haben muß. Das Abkommen wird hauptsächlich der Vorläufer vieler anderer sein, die zu einem einheitlichen internationalen Recht führen werden. (Bravo!) In nicht zu ferner Zeit wird auch das Handelsrecht vereinheitlicht werden.

Wir begrüßen diese Entwicklung, aber wir bedauern, daß der Reichstag von der Mitarbeit an dem Abkommen ausgeschlossen wurde. Zwischen den zwei internationalen Konferenzen hätten die Abgeordneten sehr wohl zu dem Vorentwurf Stellung nehmen können. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Jetzt werden wir an der Pauger Wechselordnung nichts mehr ändern können. Der Nichtbeteiligung Englands und Nordamerikas ist uns so verwunderlich, als das Abkommen gerade dem englischen Wechselrecht sehr weit entgegenkommt. Hoffentlich werden unsere Vertreter jenseits des Kanals die Wichtigkeit eines einheitlichen Wechselrechts auch bald erkennen. Das einheitliche Recht muß aber auch durch einen internationalen höchsten Gerichtshof gesichert werden. (Zust. bei verschied. Parteien.)

Abg. Dr. Veizer (Zentr.) stimmt dem Abkommen zu und wünscht ebenfalls, daß in Zukunft solche Entwürfe vorher dem Reichstag vorgelegt werden.

Abg. Dr. Jundt (natl.): Daß man sich auf der einen Seite in Rüstungen geradezu überbietet und auf der anderen Seite doch solche Abkommen abschließt, halte ich von meinem Standpunkt aus für richtig. Wir werden dem Abkommen zustimmen.

Abg. Dr. Giese (kon.) erklärt die Zustimmung auch seiner Freunde zu dem Abkommen.

Abg. Dove (Vp.) begrüßt die Vorlage gleichfalls lebhaft. Ministerialdirektor Dr. Kriege sagt zu, daß der Reichstag von internationalen Abkommen in Zukunft schon vor ihrer Festlegung in Kenntnis gesetzt werden soll. Das Abkommen wird genehmigt.

Es folgt die zweite Beratung des

einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrags.

Reichschatzsekretär Kühn: Während die Vorlage der Regierung im wesentlichen das Vermögen zur Deckung der Wehrvorlage heranziehen wollte, hat die Kommission statt dessen einen Anteil Einkommensteuer vorgelesen. Die in der Presse hiergegen erhobene maßlose Kritik macht die Regierung sich nicht zu eigen, ein Eingriff in das Privatvermögen ist bei jeder Steuererhebung notwendig. Vor allem muß ich nachdrücklich betonen, daß eine so außerordentliche Maßnahme wie die Einforderung eines Wehrbeitrages

sich nicht wiederholen darf.

(Bravo! rechts, Lachen bei den Soz.) Diese öffentliche Erklärung sind die verbündeten Regierungen nicht nur sich selbst schuldig, sondern auch den Steuerzahlern, in deren Kreisen sonst eine große Beunruhigung entstehen würde. Deshalb ist es auch zu

beachten, daß, falls die notwendige Milliarde durch den Extra-Wehrbeitrages überschritten wird, nach dem Kommissionsantrag der Wehrbeitrag zur Abgrenzung des letzten Drittels des Wehrbeitrages bereitzustellen ist, und daß Maßnahmen nicht etwa durch Zuschläge zu dem Wehrbeitrag gedeckt werden sollen. Ich verlange nicht, daß der Nation ein gewaltiges Opfer zugemutet wird, aber sie wird es bringen, um sich den Frieden und seine Segnungen zu erkauen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Tautz (Soz.): Der Staatssekretär hatte wohl vor allem das Bedürfnis, die Regierung selbst zu beruhigen, denn ihr scheint vor dem Gesetz, auf dessen Einbringung sie so stolz war, jetzt b a n a e zu sein. Wir halten von vornherein keine Sympathie dafür, doch ist sie nach der Arbeit der Kommission etwas gemächelt. Die Mehrheit des Hauses ist fest entschlossen, neue ungeheure Rüstungssteigerungen zu bewilligen, und wir haben kein Mittel, dies zu verhindern. So heißt für uns die Aufgabe, wenigstens dahin zu wirken, daß die Deckungsvorlagen in einer Gestalt verabschiedet werden, daß sie die wirtschaftlich Schwächeren schonen und möglichst die ganze Last auf die wirtschaftlich Starken und Stärksten geschoben wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Regierung wollte die Vermögen von 10 000 M. an treffen, gleichgültig, ob ein Einkommen dabei vorhanden ist oder nicht, also ganz kleine Geschäftsleute mit vielleicht 1000 oder 1200 M. Jahreseinkommen sollten herangezogen werden, dagegen sollten Leute mit einem Einkommen bis zu 50 000 M. freibleiben.

Ferner wollte die Regierung von den kleinsten Vermögen denselben Prozentsatz, 1/10 Prozent, erheben, wie von den größten. Das war keine allgemeine Besitzsteuer, sondern eine, die vor allem den kleinen Mittelstand belasten mußte. Die Kommission hat das beseitigt. Wir beantragen, die Vermögen bis zu 50 000 M. nur mit 1/10 Prozent, bis zu 100 000 M. nur mit 2/10 Prozent zu belasten. Das ist wieder ein Beispiel dafür,

wer für den Mittelstand eintritt.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Natürlich müßte man dann, wenn die Milliarde heranzukommen soll, die großen Vermögen stärker treffen. Die Kommission hat das Gesetz auch zu einem Einkommensteuergesetz gemacht, in dem die Grenze für die heranzuziehenden Einkommen von 50 000 auf 6000 M. heruntergehoben ist. Allerdings sollen die kleineren Einkommen nur gering getroffen und die Steuer gestaffelt werden. So hat das Gesetz eine weitere Baus bekommen, gewissermaßen zwei Flügel, so daß es jetzt ein Vermögens- und Einkommensteuergesetz ist. So beschneiden die Staffelung ist, hat sie doch in den betroffenen Kreisen einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. In allen Neuierungen über die Arbeiten der Kommission ist nur eine, die einen idealen Zug zeigt. Die städtischen und ländlichen Agrarier betonen, weitere Opfer dürften nur auf dem Wege der indirekten Steuern aufgebracht werden. Der Schutzverband für die deutsche Industrie verlangt, daß die Einkommen von 900 M. aufwärts zum Wehrbeitrag herangezogen würden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist der Geist, der in den Kreisen lebt, die den Mund nicht genug aufreißten konnten, als es galt, Rüstungen zu bewilligen, die sie nicht bezahlen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der heutige Dänenstag protestierte gegen die Staffelung, die doch der breiten Masse der kleineren und mittleren Kaufleute zugute kommt und nur die großen Kräfte stärker trifft. Sehr charakteristisch ist die Eingabe der Handelskammer des niederdeutsch-westfälischen Industriebezirks, also der Industriellen, die von allen Rüstungsvermehrungen den größten pekuniären Vorteil haben. Sie sprechen von rücksichtslosen Eingriffen in das Vermögen eines Teiles der Bürger. Sie nennen die Kommissionsvorlage nicht mehr und nicht weniger als den ersten Schritt zur Konfiskation der großen und mittleren Vermögen. Wenn die Dinge so weiter gehen, muß die nächste Deckungsvorlage eine

Monopolisierungsvorlage zur Überführung der Rüstungsindustrien auf das Reich sein. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.)

Der Aufwurm der Interessenten hat leider Erfolg gehabt und das Gerücht von Vermögenskonfiskation hat nicht wenige Herren dieses Hauses soweit eingeschüchtert, daß sie schüchtern daran gingen, die Beschlüsse der ersten Lesung zu revidieren. Man hat gesagt, daß die Heranziehung des Vermögens mit einem Betrag von 20 bis 30 Prozent des Jahreseinkommens viel zu hoch sei. In sich klingt ja diese Zahl sehr hoch, aber nach einer Denkschrift der Regierung über die Steuerverhältnisse im deutschen Reich werden pro Kopf der deutschen Bevölkerung an Zölle und Verbrauchssteuern 25 Mark pro Jahr, somit von einer Familie von 6 Köpfen 150 bis 160 Mark pro Jahr aufgebracht, was bei dem Einkommen der proletarischen Familien eine Jahres-Einkommensteuer von 10 bis 15 Prozent bedeutet. (Hört, hört! bei den Soz.) Da die Verteuerung der Lebensmittel im

Zur Hauptmann-Gehe.

Es wird uns geschrieben:

1.

„Einig sein sollten sich alle Geister von fortgeschrittener Kultur und freierem Weltgefühl, alle Menschen, denen künstlerische Dinge Herzenssachen, Seelenerlebnisse sind — ganz abgesehen von der Stellungnahme des einzelnen zur Frage des literarischen Wertes oder Unwertes des Hauptmanns — einig sein sollte man sich über folgende Feststellungen: Ersthaft ist die Art, in der im zeitgenössischen Deutschland Angelegenheiten der Kunst immer mehr zu parteipolitischen Vorgängen gemacht werden. Ersthaft ist die Art, wie gegen das Werk eines Dichters hier mit Druck und Gewaltmaßnahmen, mit Rabale und Epizelbenutzung vorgegangen wird. (Ersthaft dieses ganze Kesseltreiben noch in seinen abseitigen Nuancen, etwa der abtarnen Reimeret, einer schließlichen Pfarretfrau) oder dummdreisten Anpassungen im Messer Zentrumsstich und im (Zeige)-Blättchen für das evangelische Neffe. — Es ist schwer, das Kind beim rechten Namen zu nennen.) Beamtenhaft (gelinde gesagt) ist die Haltung des Breslauer Magistrats, der auf den Wink des Kronprinzen prompt seinen Dichter (den er doch sozusagen dazu gepreßt hatte, den Breslauer Festtagen durch das Renommee seines Namens Glanz zu verleihen) und sich selbst verleugnete — noch ebe der Gahn zum dritten Mal gekniet hatte. Der materielle Vorteile dem Ruhm des getreuen Echaris borgog und zugunsten des Stadtdiäts auf das herrliche Bewußtsein, ethische Pflichten erfüllt zu haben, verzichtete. Komisch (wenn schon mit tragischem Kern), doch nichts Ueberrassendes ist schließlich das Sichwinden liberaler Zeitungen, die mit viel Sophisterei ihre Stadtpäter liebevoll zu bedenken versuchen. Zu unterzeichnen wären, Wort für Wort, Sätze, die der Abgeordnete Vogtherr im Reichstag prägte: Die Umarmung in militärischen Kreisen geht schon so weit, daß man sich auch in literarischen Dingen ein Urteil erlauben zu können glaubt. Freilich nicht demgegenüber jene liberale Kleinbürgerliche Feigheit, die jedem derartigen Einfluß Folge leistet und nicht den Mannsmut bestift, auf alle diese Instanzen zu pfeifen, auf das Kronprinzliche Protektorat und was sonst noch mitgepirkt hat.“ Einig sein sollte man sich über die Wurzel all dieses Lebelts und nicht das Entschuldigende durch aufgekärte Festschriften, literaturbestimmte Bezugsbereiche, Goethe- und andere Ausstellungen und Fraktionen herzuquatschen lassen), als Wurzel Mangel an Freiheit (immerer wie äußerer) heißt. Man sollte wissen, daß nichts geändert und geholfen wird,

solange nicht diese Hauptkrankheit beseitigt ist! Also: Macht euch frei, frei, frei!

2.

Es ist nützlich und festend zugleich, einen der lautesten Schreier im Streite herauszugreifen und eingehender zu betrachten. Herr Professor Max Koch aus Breslau schreibt im Juniheft 2 (1913) von „Wühne und Welt“ ein langatmiges Elaborat über Gerhart Hauptmanns „Festspiel“ in einem ungläublichen maßlosen, agitatorisch wüsten Geschwätz, das jede Glaubwürdigkeit verliert, die man einem Dichter vom Rang Hauptmanns schuldeter, vermessen läßt, die bezeichnend für die papistische Allüre überheblicher Literaturverächter sind. Es streift da nur so von baroder Vaterlandstreckergehorde: „Schmach und Schande... trauriges Nachwort... schmachtvoll gesündigt“, „Hauptmanns Festspiel“ wird aufgemischt: „Freiheit vom (Hauptmann) schreibt von) Stein“, diktatorisch verlangt, daß das Festspiel „jeden künstlerisch und vaterländisch empfindenden Menschen die Scham über uns Ungeheiß treiben muß“ und „jeder Unparteilich und Urteilfähige die Entrüstung über die der deutschen Dichtung angehangene Schmach teilt“. Wer freilich die Besetzungen und Seminarübungen des Herr Professor Koch am eigenen Leibe (und vor allem an der eigenen Seele) erlebt, wer diese (mit ausgesprochen) selbstbewußte, tyrannisch-rechtshaberische Weise zu schmecken bekam, der kennt die Wälze und den Ton zur Genüge. Es genügt auch, Stichproben aus Herrn Kochs Schriften zu nehmen. Es genügt, im Abriß zu blättern, den die Sammlung Göschen für achtzig Pfennige bringt (schon natürlich der dicke Band Literaturgeschichte dem Freund des Gerhart Hauptmann, brüllend dürftige Kleinlichkeit dieser ausgeklügelten Literaturverzerrung! — Da ist von Michael Kraemer und Kollegen Exemplar) nicht zu lesen, als daß Hauptmann hier „seine Lehren an der Breslauer Kunstschule mit persönlich verlegender Weitergabe der Wirklichkeit auf die Bühne stellt“ — das Gesichts-Drama wird als „dummp beherrsch“ abgestan — beim Florian Meyer geschrieben verlagert völlig beim Verlage, den Naturalismus auf den Bauernkreis... angewendet — während Sudermanns verlegener „Johannes“ ein gelungener Versuch sein soll, „das Gesichts-Drama dem modernen Mensch und dem Geschehde näher zu bringen“ oder es von der „Gesamtheit“ heißt, sie „behandelt eine erste Frage unserer Lage mit lebensvoller Kunst.“ Für heute mag das genügen! Das ist der literaturhistoriker Koch. Sehen wir uns nun einmal den „Dichter“ Koch an, der als Kritiker Hauptmanns von dessen Werke behauptet, daß kein Wort der Sprache“ ausreichend sei, die Hauptmannschen Werke geblühend zu brandmarken! Ein Koches „Pom“ würde die

ter Tage vom „Berliner Tageblatt“ ans Licht gezogen. Es heißt dort:

In dem „Ostdeutschen Almanach“ für 1911 hat er ein dreizehnstrophiges Gedicht im Stangen „zu Franz Liszts hundertjährigem Geburts-tage“ veröffentlicht und es, um ihm die akademische Weihe zu geben, mit „Univeritätsprofessor Dr. Max Koch, Breslau“ unterzeichnet. In diesem Kunstwerke finden sich unter anderem folgende Strophen:

Doch nicht, wo Luft einträte bei (1) allen Pforten, Von Tag zu Tage ihre Kränze schlängelt (1); Der Menschheit Grotesk ist nur da geworden, Wo Freud und Leid in eins zusammenhängt...

Und weiter:

Wie viel auch Weibeshöhne (1) dich erregt, Entfagen mußt der Jüngling schon zu lernen. Die fromme Liebe, die du früh gehegt (1), Als du das Kreuz wollt' (1) predigen wilden Fernen (1),

Gast du durchs ganze Leben treu gepflegt; Dein Glaube trug empor dich (1) zu den Sternen“. In Psalmen, Messen rangst (1) du demutsvoll, Bis flehst „Christus imperator“ erscholl.

So geht es durch die ganzen achtzehn Strophen weiter ohne daß sich bisher ein Nag Koch gefunden hat, der mit diesem Festdichter kritisch abrechnet. Wapelt: auch wer mancher gewagten Reim in Hauptmanns Spiel nicht schon findet, wie! doch (wenn er so unbarkeißlich und urteilsfähig) ist, wie er Professor Koch für sich beansprucht) auch die weniger gelungenen Verse des Weiberhüters weit höher stellen, als die banale und hilflose Professorenlit.

Weiter heißt es in unserer Zeitschrift:

Man muß protestieren! Nochmals und immer wieder (1) zu betonen (ohne, daß auf Wert über Unwert des „Festspiels“ eingegangen wird): Literatur ist einzig und allein nach literarischen Maßstäben zu beurteilen! Mißliebige Kunstwerke mit Erfregungsversuchen von oben, Verhören, Proklamierungen abzutun, ist schämlicher Vorbarbarismus! Kronprinz, Doktor, Magister, Schreiber und Pfaffen (lassen am besten die Gork von der Kunst! Dichter, die wir nicht Dichter sind, schreiben am besten keine Festspiele! O rühret, rühret nicht daran! Schüfter, bleib bei deinem Laufen! Post bei deinem Gork, Ode profanum volgus et aroo! Sondern halt Befreiungs-rimmelspieler die! Kampfdrömen der Freiheit! Ein in einem wirklich freien Staatswesen hat auch die Kunst die Freiheit und Autorität, die Lebensnotwendigkeit aller echten Kunst ist: Ein ist not: Bräuer, reist die Sand zum Grunde!

Inland infolge der Höhe aber ungefähr denselben Betrag ausmacht, sind die

Armen und Märdern

mit der Wegnahme von 20 bis 30 Prozent ihres Jahreseinkommens befreit. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Als diese Befreiung geschaffen wurde, haben die großen und reichen Herren sich über Konfiskation gefreut, das tun sie nur, wenn sie selbst bezahlten sollen. Die Forderung von 20 bis 30 Prozent des Einkommens durch die Armen und Märdern hatten sie für gerecht. Das ganze Geschrei über Konfiskation ist aber erst richtig zu verstehen, wenn man, wie das Gesetz tut, den Wehrbeitrag auf drei Jahre aufteilt und somit nur eine Steuer von 6 bis 10 Prozent pro Jahr übrig bleibt. Vom Standpunkt der steuerlichen Gerechtigkeit kann kein sozial empfindender Mensch angedacht werden, der ungeheuren Besteuerung der breiten Volksmassen gegen diese Staffelung etwas einwenden. (Sehr richtig! links.) Der Ansturm hat nun die Mehrheitsparteien ins Wanken gebracht, so daß sie die Errungenschaften der ersten Lesung zum Teil beseitigt haben. Wie werden Ihnen Gelegenheiten geben, diese Errungenschaften wieder herzustellen und darüber hinaus weitere Verbesserungen vorzunehmen. Der Wehrbeitrag ist für die reichen und reichsten Leute ein sehr nützlicher Wehrbeitrag. (Sehr gut! bei den Soz.) Sie bekommen zum ersten Mal zu spüren,

was die Rüstungstreiberer beuten

und so bei diesen Leuten vielfach das Fortemwärtige die empfindlichste Stelle ist, werden sie vielleicht ihren Patriotismus reprobieren und mancher wird sich fragen, ob nicht der Frieden auf dem Wege besser gesichert wird, den die Sozialdemokratie weist. Der Wehrbeitrag ist aber auch ein Wehrbeitrag für die regierenden Parteien, die sich aus „Opferstimm“ bereit erklärt haben, militarisieren. Die große Mehrheit der Kommission hat genehmigt, daß alle Reichsangehörigen, auch die Fürsten, aus steuerlicher Gerechtigkeit herangezogen werden müssen. Die Regierung aber hat erklärt, daß es der Ehre und der Stellung der Monarchen Abbruch tun würde, wenn sie auch wie gewöhnliche steuerliche Steuer zahlen müßten. (Lebhaftes Groll! bei den Soz.) Ein preussischer Monarch hat gesagt, der König sei der erste Diener des Staates. (Lachen bei den Soz.) Das ist aber schon lange her! — (Weiter! links.) Man will doch immer die Tradition pflegen, mit welchem Recht wollen sie also die ersten Diener dieser Dienstleistung für den Staat entlassen, sie müßten doch den anderen Dienern mit gutem Beispiel vorangehen! (Sehr gut! bei den Soz.) Vor allem aber wird die Reichsregierung aus diesem Wehrbeitrag gelernt haben, daß der längst durchbrochene Grundsatz, daß das Reich direkte Steuern nicht erheben dürfe, hinfällig ist. Der Wehrbeitrag ist eine direkte Reichseinkommen- und Vermögenssteuer, zunächst für drei Jahre. Will der Staatssekretär dem gegenüber nicht die fächerliche Behauptung, daß das Reich nicht die Bundesstaaten durch eine direkte Reichsteuer um ihre Einkünfte bringen wolle, preisgeben? (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wenn wir unseren sozialdemokratischen Standpunkt, eine dauernde Reichsvermögens- und Einkommensteuer einzuführen, realisieren wollen, dann hätten wir nach drei Jahren folgenden Antrag einzubringen:

Der Wehrbeitrag wird weiter erhoben.

(Sehr gut! bei den Soz.) Nun schmort aber der Staatssekretär Stein und Wein: Ein nein, es soll nur einmal sein. (Große Heiterkeit.) Zunächst ist es bis nach 3 Jahren schon dreimal. Aber dann soll es aufhören, dann soll es nie mehr geschehen. (Heiterkeit.) Ja, wenn der Staatssekretär eine Garantie in der Tasche hätte, daß dann keine neue Heeres- und Marinesoldate kommt? Aber dazu ist ja kein Staatssekretär im Stande gewesen, und wenn er sich einfallen ließ, sich gegen das Verlangen anderer Justiz nach mehr Soldaten und mehr Schiffen anzustellen, ist es ihm stets schlecht gegangen. Die Begründung der Regierung gibt uns übrigens bereits eine prinzipielle Grundlage für das Verlangen, daß auch in Zukunft einmalige Zuschüsse für Rüstungsvermehrungen nicht auf Anleihen zu übernehmen sind. Auch nach dieser Richtung ist der Wehrbeitrag ein Wehrbeitrag, hoffentlich für die Regierungen. Im übrigen werden alle Steuern immer nur einmal erhoben, jedes Mal wieder dasselbe zu beschließen. Die Vorlage hat ihr richtiges Gesicht wesentlich durch

den Druck der 4 1/2 Millionen sozialdemokratischer Wähler und der 110 sozialdemokratischen Abgeordneten bekommen. Die sozialdemokratischen Wähler vom letzten Jahre können sich sagen, daß sie mit dieser Regelung einen ersten großen Erfolg ihres Willens zu verzeichnen haben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Man hat versucht, die Sozialdemokratie bei der Regelung der ganzen Rechnungsvorlagen auszuwickeln. Konservative und Zentrum haben sich im Schmeiß ihres Angeichts darum bemüht. Und da meinte man, wenn man hinter den Kulissen ohne uns verhandelte, hätte man uns ausgeschaltet. Aber Sie wußten wohl, daß vor den Kulissen 110 Sozialdemokraten stehen und der Geist dieser 110 war bei Ihnen tätig. Das hat die „Germania“ öffentlich zugegeben. Bei der Besitzsteuer wird diese Frage ja noch generell zu behandeln sein. Hier will ich nur sagen, daß auch das mühsam aufgestellte gebrachte Besitzsteuerverkompromiß die Züge des Einflusses der 4 1/2 Millionen Wähler und 110 Sozialdemokraten trägt. Wenn es wirklich so naive Leute gibt, die glauben, bei dieser Gelegenheit die Sozialdemokratie ausgeschaltet zu haben, so trifft auf die das Wort Neuschloß zu: „Den Teufel spürt das Böllchen nie, und wenn er sie beim Kragen häßt.“ (Heiterkeit und lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Spahn (Ztr.): Das Bestreben, das Gesetz sozial auszugestalten, nehme ich für sämtliche Parteien in Anspruch. (Lachen bei den Soz.) Wenn die Vorlage ein schöneres Gesicht bekommen hat, so ist das Hauptverdienst des Berichterstatters. (Gelächter links.)

Abg. v. Galem (Ztr.): Glücklicherweise ist es gelungen, effektive Vorschläge der äußersten Linken zurückzuweisen. Auf's Schärfste protestieren wir gegen die Absicht einer Wiederholung dieses Wehrbeitrags (Gelächter links). Das deutsche Reich wird in Zukunft wie bisher auf indirekte Steuern angewiesen sein. (Groll! bei den Soz.)

§ 1 wird einstimmig angenommen (Weiterkeit). Abg. Dr. David (Soz.) begründet den Antrag, Schenkungen im Wert von über 1000 Mark dem Vermögen zuzurechnen. Es handelt sich um riesige Werte. 1813 wurden Schenkungen auf dem Altar des Vaterlandes niedergelegt, da sollten sie heute zu der Steuer wenigstens etwas beitragen. (Beifall b. d. Soz.) Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Baur (Soz.) begründet einen Antrag, daß in der Vorlage steuerfreie Einkünfte Kirchenvermögen soweit zu besteuern, als es nicht möglichen Anlaß dient. Die gewöhnliche Höhe der Kirchenvermögen ist nicht zu hoch und würde die enormen Einkünfte, die Kirchen erhalten, und die in Konzern in manchen Jahren 500 Millionen Mark betragen haben. Bei der Reichsfinanzreform hat der Zentrumsvorstand Hr. Jäger die Zusammenfassung

großer Kirchenvermögen für gemeinlich erklärt. (Groll! bei den Soz.) Die Berliner Stadtsynode will selbst ihr Vermögen zum Wehrbeitrag herangezogen haben. Nicht aus Feindschaft gegen die Religion, sondern aus Gerechtigkeit stellen wir unseren Antrag. Eine Ausnahme von dem nicht zu wohlthätigen Zwecken verwendeten Kirchenvermögens ist unbegründet. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Jung (natl.): Der Antrag ist undurchführbar, man kann nicht einzelne Teile des Vermögens juristischer Personen je nach dem Verwendungszweck ausschneiden.

Der Antrag wird gegen die Sozialdemokraten und die meisten Fortschrittler abgelehnt.

Abg. Dr. Ebelum (Soz.) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage, die eine gleichmäßige Besteuerung der Aktiengesellschaften vorschlägt. Die Veranlagung auf Grundlage der Bilanz, nicht des wirklichen Vermögens, ist ungerecht, denn die Bilanzen werden verschleiert. Wohlfahrtsfonds sollen von den steuerpflichtigen Vermögen abgezogen werden. Nun, bei der Firma Krupp werden auch die an Offiziere und Beamte gezahlten Beträge und die Gelder für die Gelder als Wohlfahrtsausgaben gebucht. Wirkliche Wohlfahrtsbeiträge wollen wir natürlich freilassen. (Zustimmung b. d. Soz.)

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

Abg. Emmel (Soz.) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage dahin, daß bei Einkommen bis 3000 Mk. Vermögen bis 50000 Mk. freibleiben, und bei Einkommen bis 5000 Mk. Vermögen bis 30000 Mk. Man hat die Staffel bei den höheren Einkommen herabgesetzt und die bei den niedrigen erhöht, um den Heftbeitrag wieder herein zu bringen. (Groll! bei den Soz.)

Abg. Graf Westarp (kons.): Das ist nicht richtig.

Abg. Emmel (Soz.) hält seine Darstellung allemnächtig aufrecht. Ihm tritt Abg. Wurm bei.

Reichsfinanzminister Kühn: Die Grenze von 8% ist doch wahrlich nicht zu niedrig.

Abg. Götze (Ztr.): Die Kommissionsbeschlüsse sind eine gerechte Entlastung der mittleren Einkommen.

Abg. Dr. David (Soz.): Auch hier will man wieder die Kleinen zu Gunsten der Großen belasten (Widerpruch rechts).

Es bleibt bei der Vorlage, daß bei einem Einkommen bis 2000 Mk. 50000 Mk. Vermögen frei bleiben und bei einem Einkommen von 2000 bis 4000 Mk. 30000 Mk. Vermögen.

Das Haus verlagert sich. — Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird der Antrag Graf Westarp, morgen die W.-H.-Prüfungen Haupt (Soz.), Köhler (Natl.), Degenscheidt (Ztr.) und Rudloff (Ztr.) zu erledigen, abgelehnt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr (Wetterberatung). Schluß: 8 Uhr.

Aus Oberschlesien.

Oleśnik, 25. Juni. Aus Not zum Brandstifter geworden. Am Montag hatte sich der Barbier Thomas Kollnik aus Kunitow wegen Brandstiftung vor den Geschworenen zu verantworten. Der Angeklagte ist bisher unbestraft, verheiratet und Vater von sieben Kindern. Ihm wird zur Last gelegt, am 5. April zu Groß-Schieradowitz die dortige Dominikalscheune vorsätzlich in Brand gesteckt zu haben. Da er durch die Ausübung seines Gewerbes nicht so viel verdienen als Feuerversicherungsagent bediingt. Als solcher ist er drei Tage lang in den Nachbarschaftsorten umhergereist, ohne eine einzige Versicherung abzuschließen. In seiner Not versiel er auf den Gedanken, die Scheune, in der er genächtigt hatte, anzuzünden. Mit Selbstmordgedanken ist Kollnik nach der Tat nach Oleśnik gekommen und hat sich dann aber selbst der Polizei gestellt. Mit Rücksicht auf sein offenes Verhängnis bejahen die Geschworenen die Frage nach vorsätzlicher Brandstiftung und die Frage nach mildernden Umständen. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Jahre, der Gerichtshof ließ noch größere Milderkeit walten und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von zehn Monaten, von denen zwei Monate durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt gerechnet wurden. — So sieht die bis ins hohe Alter hinein geführte Existenz in unserem Vaterlande aus.

Genießen OS., 21. Juni. Quittung. Beim Unterzeichnen gingen bis zum 20. Juni für den Oberschlesischen Pressefonds folgende Beträge ein: Sparverein Kattowitz 45,90 Mark, Königshütte 36,70 Mark, Zabrze B. 34,00 Mk., Reibor 21,00 Mk., Paulsdorf 20,50 Mk., Neuborf 13,00 Mk., Laurahütte 12,40 Mk., Zabrze 10 Mk., Rappin 5,50 Mk., J. M., Breslau 1,15 Mk., A. B., Bismarckhütte 69,05 Mk. Summa 267,20 Mk., bereits quittiert 6066,92 Mk., zusammen 6334,12 Mk. Zurück-

gezahlt wegen Todesfälle, Vergüt. Finsen zc. 370 Mk. gezogener Barbestand 5964,12 Mk. Otto Hörsing, Kassierer.

Wirklich, 28. Juni. Hochzeit und Keilerei. In einem fleißigen Lokale fand eine Hochzeit statt, wobei das Tanzbein recht gemüthlich geschwungen wurde. Das wurde aber sofort anders, als plötzlich einige Störenfriede eintraten, die sich am Tanz beteiligen wollten. Im Nu war die schönste Keilerei im Gange, zumal alle in der besten Stimmung waren. Unschlüssigen wurde der Prütig am zugerichtet, der aus vielen Kopfwunden blutete, anstatt mit feinem Weibchen den Heimweg anzutreten, ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

Königshütte, 26. Juni. Knappschafwahl. Ein recht interessanter Wahlkampf hat sich im Brückenbau und der Waggonfabrik der Königshütte abgepielt. Der bisherige Knappschafschäfer verließ den Betrieb und es mußte eine Ersatzwahl stattfinden. Als Kandidat der freien Gewerkschaften wurde der Schmied Kuzella bestimmt. Dies passte aber einem Herrn Meier nicht, der schnell aus dem Metallarbeiterverbande ausschied, eine eigene Ortsverwaltung des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts gründete und sich selbst zum Kandidaten aufstellte. Die Folge dieser gar nicht verständlichen Handlung war, daß von allen Seiten Kandidaten aufgestellt wurden, denn so mancher glaubte dabei im Trüben fischen zu können. Bei der Wahl selbst erhielt der offizielle Verbandskandidat Kuzella 105 Stimmen und ein von der Verwaltung präsenzierter Vorarbeiter 116 Stimmen. Herr Meier, der neue Hirsch-Dundersche Gewerkschaft brachte es auf 48 Stimmen. Ein Kandidat der polnischen Berufsvereinigung erhielt 2 und der Kandidat der Fachabteilung, für den der „Kurier“ lebhaft eingetreten war, bekam nicht eine einzige Stimme. In der Stichwahl siegte dann Kuzella über den Verbandskandidaten mit etwa 50 Stimmen Majorität. Die Wahl ist nun um so viel bemerkenswerter, als die Stimmabgabe öffentlich ist und die Hütte alles darangesetzt hat, damit ihr Kandidat Choroba gewählt wird. Aber die Hütte soll garnicht so enttäuscht sein wie Herr Meier, der da glaubte, er dürfe sich selbst nur zum Kandidaten proklamieren, um gewählt zu werden.

Parteiangelegenheiten.

Der Hirsch-Dunderscher Kreiswahlverein zählt 308 Mitglieder und rund 4000 Abonnenten der Parteiblätter. Bei 8000 Gewerkschaftlern, deren Zahl auch in diesem Jahre um 300 gestiegen ist, während Partei und Parteiblatt stillstehen, ist das Verhältnis sehr ungünstig. Eine Statistik zeigt, daß in einzelnen Orten 100, in anderen dagegen nur 9 und gar 6 Prozent der Reichstagswähler politisch organisiert sind. Die Jugendbewegung entwickelte sich mit 660 Abonnenten der „Arbeiterjugend“ sehr gut. 61 Stadtverordnete und Gemeindevorsteher zählt der Kreis. — Neben die hystematische Zeitungsaquation und über die besondere Auffklärung der Genossen im Alter von 18 bis 21 Jahre wurden entsprechende Beschlüsse gefaßt. Nach einer längeren Diskussion über die Anwendung des Massenstreiks im preussischen Wahlrechtskampfe wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der es heißt, daß der Massenstreik als wichtigste Waffe im preussischen Wahlkampfe in den Ortsvereinen besprochen werden und daß auch die preussische Landestkommission Propaganda für ihn entsalten soll.

Der Sozialdemokratische Verein Dessau-Zerbst hielt am Sonntag in Dessau seine diesjährige Generalversammlung ab. Die Gesamtmitgliederzahl stieg von 5326 auf 5783, die Zahl der männlichen Mitglieder ist von 3541 auf 3904, die der weiblichen Mitglieder von 1785 auf 1887 gestiegen. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher erhöhte sich von 74 auf 91. — Der Antrag des Kreisvorstandes, den 10 Pf. Wochenbeitrag für männliche und den 5 Pf. Wochenbeitrag für weibliche Mitglieder vom 1. Oktober ab einzuführen, wurde gegen eine Stimme angenommen.

Wettbewerben der händisch-n Markt-Notierungskommission, Breslau, den 25. Juni.

	gute		mittlere		geringe Sorten	
	550R.	niedr.	550R.	niedr.	550R.	niedr.
Weizen, weißer	19 80	18 70	18 80	17 70	17 80	17 20
Weizen, gelber	19 50	18 60	18 80	17 60	17 60	17 20
Woggen	18 00	18 40	18 30	14 80	14 70	14 20
Gerste	15 10	14 70	14 10	13 80	13 70	13 10
Osele	15 10	14 80	14 70	14 40	14 40	13 80
Stroh, trocken	24 60	22 50	21 50	20 60	19 50	18 50
Erbsen	21 50	21 10	19 80	18 80	18 10	17 50

Heu per 100 Rgr. 6,80—7,20 Mk., neues 8,00—6,00 Mk.
Sensstroh per 100 Rgr. 4,50—5,00 Mk.
Strohstroh 100 Rgr. 2,00—2,40 Mk.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl ruhig per 100 Kilogramm inkl. See brutto Weizenmehl 60 ruhig 26,50—27,00 Mk., Roggenmehl 0 ruhig 23,75—24,25 Mk., Woggenmehl 23,25—23,75 Mk., Hafermehl 21,50—22,00 Mk., Weizenkleie ruhig 10,50—11,00 Mk.

Trauerhüte
in grosser Auswahl empfiehlt 3460
M. Tichauer
Reuschstrasse 47/48, parterre und I. Etage.

Elegant Original-Welt-Panorama
Mit neuem Pan-... ausgestattet, besonders Umstände halber sehr billig zu verkaufen.
Dieses hübsche Welt-Panorama ist auch für Damen ausgeschnitten geeignet, da kein Arbeit damit verbunden. Für strebsame Personen Eignung allerersten Ranges. Das Selbstbestimmte erfahren näheres durch W. Hartmann, Jona, Poststr. 18. m.
„In freien Stunden“.
Illustrirte Roman-Bibliothek, jeft 10 Pfennige

Für wenig Geld
Kaufen Sie gut, gedr. Mittel, ganz
Ehrlich, 30, 50, 70, 100 Pfg.
Schreibweise 53 a. 2933

Goldwaren
Alter
Kupferschmiedestr. 17
Ecke Süppelstraße

Schokoladen- u. Zuckerwaren
kauft man sehr gut und merkt es
preiswert in unseren Verkaufsstellen.
Machen Sie einen Versuch und Sie
sind unserer Kunde. 1395

Schlesischer Schokoladenbrun
Jäger, Goldbergerstr. Ecke Neumarkt
Reuschstr. 38,
Stettin, Wilhelmstr. 24,
Breslau, Bahnhofsstr. 15.
Myslowitz, Ring 16, Laurahütte,
Reichenbach, Ecke Barbarastr.,
Zabrze, Kropfstr. 134,
Tarnowitz, Krakauerstr. 4.

Der Fuss einer Dame
ist für den Herrn der Maßstab ihrer Eleganz. Sie erhalten auffallend elegantes Schuhwerk, wenn Sie es nur noch pflegen lassen mit der wetterfesten Schuhcreme
Erdal
schwarz — gelb — braun

MAGGI'S Bouillon-Würfel der beste!
5 Würfel 20 Pfg., einzelne Würfel 5 Pfg.